



DAVID X. NOACK

DIE VORGESCHICHTE DER KATASTROPHE

Die Entwicklung der Ukraine
bis zum Beginn der russischen
Invasion im Februar 2022

Studie im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen-Anhalt

DAVID X. NOACK (geb. 1988) ist Historiker und Politikwissenschaftler mit den inhaltlichen Schwerpunkten Militärfragen, Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen und geographischen Schwerpunkten Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien. Von 2013 bis 2019 bereiste er umfassend den post-sowjetischen Raum und interviewte beispielsweise die jeweiligen Außenminister von Abchasien und Südossetien. Er arbeitet als freier Journalist in Bremen.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

V. i. S. d. P.: Dennis Jannack

Ebendorfer Straße 3 · 39108 Magdeburg · <https://st.rosalux.de>

Redaktionsschluss: Februar 2023

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Einleitung	4
Unabhängigkeit und erste Schocktherapie	5
Etablierung und Stabilisierung der Oligarchenherrschaft (1994–2004)	7
Siegeszug des Neoliberalismus und politisches Chaos (2005–2009)	9
Rückkehr zur Neutralität und erneute Stabilisierung (2010–2013)	11
Putsch, Bürgerkrieg, EU-Assoziierung und wirtschaftlicher Niedergang (2014–2020)	14
Krise	20
Das Verhältnis der Großmächte zueinander und die Rolle der Ukraine.	22
Krieg	26
Fazit	27

EINLEITUNG

Im Fokus der vorliegenden Studie steht die politische und sozio-ökonomische Entwicklung der Ukraine von Mitte 1986 bis zum Frühjahr 2022. Gemeinsam mit einem Exkurs zum allgemeinen Verhältnis der Großmächte zueinander kann eine kritische Analyse der Innenpolitik der Ukraine helfen, zwei Facetten der Vorgeschichte des Ukrainekrieges zu beleuchten. Die

russische Innen- und Militärpolitik sowie die russischen Beziehungen zur Ukraine und den Großmächten bis zum Frühjahr 2022 spielen in der vorliegenden Studie nur eine untergeordnete Rolle, da diese Bereiche nicht zu den Spezialisierungen des Autors gehören. Darüber hinaus ist diese Studie keine Analyse des Verlaufs des Ukrainekrieges.

UNABHÄNGIGKEIT UND ERSTE SCHOCKTHERAPIE

Am 26. April 1986 ereignete sich die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Als Folge wurden 300.000 Menschen aus der Unfallzone evakuiert – mehrere tausend Menschen starben infolge des Unfalls an Krebs. Der Unfall fiel in eine Phase von mehreren Jahren der Stagnation und des wirtschaftlichen Niedergangs der Ukrainischen SSR, seit 1922 eine der Gründungsrepubliken der UdSSR. In den 1960er und 1970er Jahren zog die sowjetische Staatsmacht fast ein Viertel des Nationaleinkommens aus der Ukrainischen SSR ab¹, um die ärmeren Sowjetrepubliken – vor allem im Kaukasus und Zentralasien – aufzubauen. Das war aber nicht der einzige Grund für politischen Unmut der Bevölkerung: Zusätzlich zum innersowjetischen Lastenausgleich geriet das sowjetische Wirtschaftssystem ab den 1970er Jahren in die Krise und die Unzufriedenheit der Ukrainer*innen stieg immer weiter an. Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl mit dem Missmanagement in Moskau führte dann zu einer weiteren Entfremdung zwischen der ukrainischen Bevölkerung und der Sowjetmacht.

Im Zuge von Glasnost und Perestroika erlaubte das politische Zentrum in Moskau den Ukrainer*innen mehr politische und religiöse Freiheiten: Nach dem Besuch von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow beim Papst 1989 durfte die unierte Kirche – eine westukrainische Eigenheit, bei der ein Teil der orthodoxen Kirche den Papst als religiöses Oberhaupt anerkennt – in der Westukraine wieder aktiv werden. Ebenso 1989 entstand die konservative politische Bewegung Ruch, aus der 1990 die gleichnamige Partei hervorging.

Nachdem Anfang 1990 der staatliche Zerfall der UdSSR begann, beschloss das ukrainische Parlament im Juli 1990 die Erklärung über die staatliche Souveränität des Landes. In dieser schrieben die Rada-Abgeordneten fest, die Ukraine solle ein „permanent neutraler Staat, der sich nicht an Militärblöcken beteiligt“ sein.² Am 1. Dezember 1991 votierte eine überwältigende Mehrheit von über 92 Prozent der ukrainischen Wähler*innenschaft für die Unabhängigkeit des Landes von der UdSSR. Die geringste Unterstützung erhielt die Unabhängigkeit auf der Krim³, im Donbass, in Charkow und Odessa – doch auch dort votierten jeweils über 50 Prozent für die Abspaltung von der UdSSR. In diesen Regionen war die Wahlbeteiligung aber relativ gering. Auf der Krim gingen lediglich 60 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen.⁴

Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Beloweschskaja Puschtscha durch die Regierungschefs von Belarus, Russland und der Ukraine besiegelten diese am 8. Dezember 1991 das Ende der Sowjetunion und gründeten als lockeren Nachfolgeverbund die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Die Ukraine erlangte mit Präsident Leonid Krawtschuk – dem einstigen Chefideologen der ukrainischen KPdSU, der sich zum Nationalisten wandelte – die Unabhängigkeit. Als

erstes Land überhaupt erkannte Polen die ukrainische Unabhängigkeit an.

Krawtschuk forcierte im Verlauf seiner Amtszeit die erste neoliberale Schocktherapie für die Ukraine. Politisches Ziel schien es gewesen zu sein, eine nationale Bourgeoisie in radikaler Abgrenzung von Russland und mit Hilfe diverser westlicher Staaten entstehen zu lassen. Dabei verengte sich die ukrainische Außenwirtschaftspolitik auf die USA und Deutschland. In den Jahren 1994 und 1995 kamen 40 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen aus diesen beiden Ländern – aus der Russischen Föderation hingegen lediglich vier bzw. fünf Prozent.⁵

Die radikalliberale Politik in Wirtschaftsfragen traf von Anfang an auf Widerstand aus dem Süden und Osten des Landes. Im Donbass versuchte die alte KPdSU-Nomenklatur eine Autonomie ihrer Region zu erreichen. Neben Demonstrationen kam es auch zu Streiks von Minenarbeiter*innen – unterstützt von der Führung der Oblast Donezk.⁶ Nach den Unruhen rückte der Donezker Abgeordnete Juchym Swjahilskyj im September 1993 vom Vizepremier zum Premierminister in Kiew auf.⁷ Während seiner Amtszeit nahm er viele wirtschaftliche Liberalisierungen zurück. Im Juni 1994 trat Swjahilskyj jedoch wieder zurück.⁸

Neben dem Donbass kam es auch auf der Krim zu zentrifugalen Tendenzen. Nachdem im Januar 1994 der Separatist Juri Meschkow zum Präsidenten der Halbinsel gewählt wurde, setzte dieser ein Referendum über eine größere Autonomie der Krim an. Im März votierten 80 Prozent der Wähler*innen bei einer Wahlbeteiligung von mehr als zwei Dritteln für diesen neuen Status. Meschkow, der die Halbinsel an Russland anschließen wollte, erhielt jedoch keine offizielle Unterstützung aus Moskau. Die ukrainische Zentralmacht reagierte auf die Abspaltungstendenzen mit der Abschiebung Meschkows nach Russland. Außerdem durften die Krim-Bewohner*innen fortan nicht mehr ihren eigenen Präsidenten wählen, sondern die Regierung in Kiew setzte von 1995 bis 2014 Gouverneure für die Region ein.

¹ Z. Lew Melnyk: *Ukraine within the USSR: An Economic Perspective, 1928/29–1932 and 1959–1980*, in: *Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity*, Jg. 35 (2007), Nr. 1, S. 121–169 (hier: S. 125). ² Nikolai A. Kulinič: *Ukraine's Dilemma and Europe's Evolving Geography*, in: Sharon Wolchik/Volodymyr Zvygnyanich (Hgg.): *Ukraine: The Search for a National Identity*, Lanham (MD) 1999, S. 95–106 (hier: S. 100). ³ In Sewastopol war die Unterstützung interessanterweise höher (57 %) als in der restlichen Krim (54 %). Siehe: Serhii Plochy: *Ukraine and Russia: Representations of the Past*, Toronto 2008, S. 184. ⁴ Pål Kolsto: *Russians in the Former Soviet Republics*, London 1995, S. 191. ⁵ Rosaria Puglisi: *Clashing Agendas? Economic Interests, Elite Coalitions and Prospects for Cooperation between Russia and Ukraine*, in: *Europe-Asia Studies*, Jg. 55 (2003), Nr. 6, S. 827–845 (hier: S. 833). ⁶ Yuliya Yurchenko: *Ukraine and the Empire of Capital: From Marketisation to Armed Conflict*, London 2018, S. 57. ⁷ Mikhail Minakov: *Republic of Clans: The Evolution of the Ukrainian Political System*, in: Henry E. Hale (Hg.): *Stubborn Structures: Reconceptualizing Post-Communist Regimes*, Budapest/New York (NY) 2019, S. 217–245 (hier: S. 230). ⁸ Bis in die Gegenwart blieb er der am längsten amtierende Premierminister der Ukraine, den nicht die Werchowna Rada gewählt hatte.

Krawtschuk, seine Regierung und das Parlament forcierten die radikale Abgrenzung zu den anderen vormaligen UdSSR-Staaten auch außenpolitisch. Aufgrund der 1990 kodifizierten Neutralität trat die Ukraine nicht dem 1992 entstandenen Vertrag über kollektive Sicherheit (seit 2002 Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit, OVKS) bei.⁹ Das Land wur-

de auch nicht Vollmitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), da die Rada nicht die GUS-Charta ratifizierte. Die Neutralität diente als Begründung, die Ukraine nicht vollumfänglich in die post-sowjetischen Strukturen einzubinden – meist in Abgrenzung zu Russland. Die außenpolitische Doktrin war aber kein Dogma, sondern in Kiew ging man damit flexibel um.

⁹ Paul A. Goble: *Establishing Independence in an Interdependent World*, in: Sharon L. Wolchik/Vladimir A. Zviglianich (Hgg.): *Ukraine: The Search for a National Identity*, Lanham (MD) 2000, S. 107–119 (hier: S. 101).

ETABLIERUNG UND STABILISIERUNG DER OLIGARCHENHERRSCHAFT (1994–2004)

Bei den ersten Präsidentschaftswahlen in der unabhängigen Ukraine im Sommer 1994 hatte Amtsinhaber Krawtschuk nur geringe Chancen auf eine Wiederwahl. Die Inflation des Karbowanez, der damaligen Währung, erreichte im Jahr 1992 astronomische Höhen von 2.730 Prozent sowie noch einmal 10.155 Prozent im Jahr 1993. Gleichzeitig sank das Lebensniveau der Ukrainer*innen drastisch und die Produktion ging dramatisch zurück. Dieser katastrophale Übergang in den Kapitalismus ließ die links der Mitte stehenden Parteien bei den Parlamentswahlen im März 1994 erstarken. Die Kommunistische Partei (KPU), die Sozialistische Partei (SPU) und die Agrarpartei errangen insgesamt ein Drittel aller Sitze.

Um einen Schwenk nach links zu verhindern, versammelten sich die wichtigsten Oligarchengruppen des Landes hinter Leonid Kutschma. Der in der nördlichen Stadt Nowgorod-Siwerskyj geborene ehemalige Direktor einer Raketenbaufabrik in Dnjepropetrowsk amtierte bereits ab dem Oktober 1992 als Premierminister. Zum wichtigsten Wort in Kutschmas Wahlkampagne 1994 entwickelte sich der Begriff „Pragmatismus“.¹⁰ Die Interessengruppen hinter Kutschma strebten die Etablierung eines Mischsystems aus Marktwirtschaft und starkem Staat an.¹¹ Den Urnengang im Sommer 1994 gewann Kutschma und rückte zum neuen Staatsoberhaupt auf.

Kutschma und die von ihm ernannten Regierungen stoppten den Niedergang der Wirtschaft. Das fortan praktizierte Wirtschaftsmodell sah vor, dass die Ukraine sich wirtschaftlich nicht weiter dem Westen öffnete, sondern Privatisierungen und Liberalisierungen vor allem inländischen Oligarch*innen zugute kamen. Ausländische Direktinvestitionen wurden vernachlässigt und Unternehmergruppen aus dem Land bereicherten sich selbst an den Exporten, hauptsächlich von der Maschinenbauindustrie – der zivilen und der militärischen. Im Gegensatz zu Russland besaß die Ukraine keinen Ressourcenreichtum (v.a. kein Öl und Gas), der es dem Land ermöglicht hätte, auch ohne industrielle Exportprodukte große Ausfuhrerlöse zu erzielen.¹² Deswegen besaßen die Oligarch*innen ein großes Interesse an der Erhaltung der Industrie des Landes. Das Bruttoinlandsprodukt sank zwar bis 1999 weiter – in den ersten acht Jahren der Unabhängigkeit insgesamt um 60 Prozent – aber ab 1994 mit der Wiederbelebung der Industrie schrumpfte das BIP langsamer.¹³ Ab dem Jahr 2000 stieg sogar das Bruttoinlandsprodukt wieder.

Im Inneren lavierte Kutschma zwischen den drei wichtigsten wirtschaftlichen Einflussgruppen (orientalisierend meist „Clans“ genannt): der Business-Gruppe von Kiew, der von Dnjepropetrowsk und der von Donezk. Die Kiewer Gruppe genoss mit Wiktor Medwetschuk die Anbindung nach ganz oben – Medwetschuk stieg 2002 zum Chef der Präsidialverwaltung auf. Die Donezker Gruppe um Rinat Achmetow, den „ungekrönte[n] König des Donbass“¹⁴, besaß mit dem ab 2002 amtierenden Premierminister Wiktor Janukowitsch einen einflussreichen Verbündeten. Die Dnjepropetrowsker waren ab dem Jahr 2002 familiär an Präsident Kutschma angebunden: In dem Jahr heiratete der Oligarch Wiktor Pintschuk die Tochter Kutschmas.

Den in der Innen- und Wirtschaftspolitik proklamierten „Pragmatismus“ legte Kutschma auch in der Außenpolitik an den Tag. In den Budapester Memoranden sagten die Regierungen Großbritanniens, Russlands und der USA zu, den Abzug der alten sowjetischen Atomwaffen aus Belarus, Kasachstan und der Ukraine zu unterstützen. Diese drei post-sowjetischen Staaten traten dem Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen bei, die Großmächte verzichteten auf Sanktionen und „achteten“ – auf den Begriff der „Garantie“ wurde verzichtet – die Grenzen und Unabhängigkeit der drei Ex-UdSSR-Staaten.¹⁵ Im Schwarzmeerflottenkompromiss von 1997 teilten sich die ukrainische und die russische Seite die vormalige sowjetische Flotte in Sewastopol untereinander auf. Im selben Jahr etablierte die Regierung in Kiew mit dem GUAM-Konsultationsforum ein Format für die Regierungen des post-sowjetischen Raumes, die einer wirtschaftlichen, politischen oder gar militärischen Re-Integration kritisch gegenüberstanden. Als 1999 aus dem Forum eine internationale Organisation wurde, begannen die NATO-Staaten Großbritannien, Türkei und USA mit ihrer Finanzierung.

Die NATO-Expansion ließ derweil den Militärblock bis an die Ukraine heranrücken: Als im März 1999 das Nachbarland Polen der NATO beitrug, besaß diese Ostausdehnung des Nordatlantikpakts eine „ukrainische Dimension“. Der damalige polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski sagte bei einer Rede in London, dass der polnische NATO-Beitritt dazu diene, „Stabilität und Sicherheit“ in die Gebiete „östlich unserer Grenzen“ zu projizieren.¹⁶ In Washington unterstützte man damals die Entstehung eines Korridors Polen–Ukraine. Als Teil der polnisch-ukrainischen An-

Die NATO-Expansion ließ derweil den Militärblock bis an die Ukraine heranrücken: Als im März 1999 das Nachbarland Polen der NATO beitrug, besaß diese Ostausdehnung des Nordatlantikpakts eine „ukrainische Dimension“. Der damalige polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski sagte bei einer Rede in London, dass der polnische NATO-Beitritt dazu diene, „Stabilität und Sicherheit“ in die Gebiete „östlich unserer Grenzen“ zu projizieren.¹⁶ In Washington unterstützte man damals die Entstehung eines Korridors Polen–Ukraine. Als Teil der polnisch-ukrainischen An-

¹⁰ Puglisi: *Clashing Agendas? Economic Interests, Elite Coalitions and Prospects for Cooperation between Russia and Ukraine*, S. 830. ¹¹ Kerstin Zimmer: *Machteliten im ukrainischen Donbass: Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion*, Münster 2006, S. 32. ¹² Noah Smith: *Why is Ukraine such an economic failure?*, noahpinion.substack.com 23.01.2022. noahpinion.substack.com/p/why-is-ukraine-such-an-economic-failure ¹³ Zimmer: *Machteliten im ukrainischen Donbass*, S. 32. ¹⁴ Benjamin Bidder: *Achmetow gegen Separatisten: Der Oligarch schlägt zurück*, spiegel.de 20.05.2014. spiegel.de/politik/ausland/ukraine-oligarch-achmetow-erklart-separatisten-den-krieg-a-970573.html ¹⁵ M. E. Sarotte: *How to Enlarge NATO: The Debate inside the Clinton Administration*, 1993–95, in: *International Security*, Jg. 44 (2019), Nr. 1, S. 7–41 (hier: S. 24). ¹⁶ Peter Gowan: *The Global Gamble – Washington's Faustian Bid for World Dominance*, London 1999, S. 302.

näherung dienten Soldat*innen beider Länder im Rahmen der „Multinational Force Iraq“ gemeinsam im Irak nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf das Land. Auch wirtschaftlich investierte Washington in das besondere Bündnis: So erhielt die Ukraine in den 1990er Jahren besondere Nachsicht bei IWF-Krediten.¹⁷ Im Gegensatz zu den Staaten Lateinamerikas und Afrikas, wo der Weltwährungsfonds stets auf neoliberalen Schocktherapien beharrte, ließen die Vertreter*innen des IWFs bei der Ukraine große Nachsicht walten. Die geostrategischen Überlegungen der USA schienen dabei wichtiger als wirtschaftsliberale Dogmen.

Der Kassetten-Skandal des Jahres 2000 erschütterte das Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in den amtierenden Präsidenten. Auf Band hatte ein vormaliger Leibwächter Telefonate aufgenommen, in denen Kutschma die Tötung eines kritischen Journalisten forderte. Eben jener Gründer der Online-Zeitung

Ukrainska Prawda verschwand im September 2000 dann wirklich und wurde getötet.¹⁸ Unter der Losung „Ukraine ohne Kutschma“ demonstrierten tausende Menschen in Kiew und anderen ukrainischen Städten.

Trotz der militärischen Annäherung an den Westen orientierte sich die ukrainische Staatsspitze in wirtschaftlichen Fragen zunehmend gen Osten. Im März 2002 erklärte Präsident Kutschma, dass sein Land beabsichtige, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EwAzEs) beizutreten.¹⁹ Ein Jahr später schlug die russische Regierung mit dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum (EEP) eine viel weitergehende Integration der großen Länder des post-sowjetischen Raumes vor – das Projekt sah unter anderem eine Währungsunion und supra-nationale Regulierungsinstitutionen nach EU-Vorbild vor. Nach hitzigen Debatten in der Ukraine stimmte Kutschma einem Beitritt zu. Die Rada ratifizierte den EEP-Beitritt im April 2004.²⁰

¹⁷ Ebenda. ¹⁸ *Moroz says leaked audiotapes link Kuchma to Gongadze's disappearance*, kyivpost.com 28.11.2000. kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/moroz-says-leaked-audio-tapes-link-kuchma-to-gonga-6292.html ¹⁹ Im Deutschen meist EAWG abgekürzt – im Russischen Евразийское Экономическое Сообщество (ЕврАзЭС). ²⁰ Rilka Dragneva/Kataryna Wolczuk: *Between Dependence and Integration: Ukraine's Relations With Russia*, in: Derek Averre/Kataryna Wolczuk (Hgg.): *The Ukraine Conflict – Security, Identity and Politics in the Wider Europe*, Glasgow/London/New York (NY) 2018, S. 128–148 (hier: S. 136/137).

SIEGESZUG DES NEOLIBERALISMUS UND POLITISCHES CHAOS (2005–2009)

Als Premier Janukowitsch seinen ersten Versuch forcierte, zum Präsidenten des Landes aufzusteigen, standen seine Chancen nicht allzu gut. Als Vertreter der Donezker Business-Clique konnte er schlecht zwischen verschiedenen Interessengruppen lavieren, wie es noch der ausgehende Präsident Kutschma getan hatte. Neben Vorbehalten der anderen großen Oligarch*innen sah sich Janukowitsch aber auch mit Unmut unter kleineren Oligarch*innen konfrontiert. In der Innenpolitik hatte Präsident Kutschma die Macht des Staatsoberhauptes konsolidiert, was vielen vor allem kleineren Oligarch*innen Sorgen bereitete, da eine Oligarchengruppe mit den administrativen Ressourcen des Präsidentenamtes Konkurrent*innen aus dem Weg räumen könnte. Aufgrund dieser politökonomischen Hintergründe sprachen Expert*innen von der „Revolte der Millionäre gegen die Milliardäre“.²¹ Einer der kleineren Oligarchen, der sich auf die Seite der Revolte stellte, war Petro Poroschenko.²²

Die Risse innerhalb von Klein- und Großbürgertum reichten nicht zu einem Regierungswechsel. Die politische Elite der USA forcierte direkt einen Coup in Kiew. In einer großangelegten Operation der großen Parteistiftungen (*National Democratic Institute* und *International Republican Institute*), des US-Außenministeriums, der US-Entwicklungshilfeagentur *USAid* und von Nichtregierungsorganisationen wie *Freedom House* und der *Open Society Foundation* flossen 14 Millionen US-Dollar in die Unterstützung von Oppositionellen.²³ Auch aus Deutschland kam Unterstützung, indem sich Politiker*innen der Regierungskoalition demonstrativ hinter den kleinbürgerlichen Neoliberalen Wiktor Juschtschenko stellten. Der Ehemann einer früheren Mitarbeiterin des US-Außenministeriums führte den Parteienblock ‚Unsere Ukraine‘ an, dem mehrere liberale und konservative Parteien (wie die Ruch) und auch der faschistische ‚Kongress Ukrainischer Nationalisten‘ angehörten.²⁴

Nachdem Janukowitsch nach offiziellen Angaben die Stichwahl im November gewonnen hatte, erhöhten die NATO-Staaten ihren Druck auf Kiew. Der ostukrainische Politiker floh daraufhin nach Donezk.²⁵ In Sjewerodonezk in der Oblast Lugansk kamen Vertreter*innen von Regionalverwaltungen der südlichen und östlichen Regionen zusammen und forderten die Gründung einer autonomen Republik der Süd- und Ostukraine. Boris Kolesnikow, der Parteichef der im Osten starken ‚Partei der Regionen‘ in der Oblast Donezk, nahm an diesem Kongress teil.²⁶ Einen Monat später fand – nach einem Gerichtsbeschluss – eine Wiederholung der Wahl statt und Juschtschenko gewann. Ein Mitarbeiter einer der US-Stiftungen erklärte nach dem Umsturz: „Die orange Revolution ist das Ergebnis unserer Arbeit und gleichzeitig das Startsignal für eine neue Etappe!“²⁷

Dieser neue Abschnitt bedeutete einen radikalen Schwenk in der Innen- und Außenpolitik. Innenpolitisch sicherten sich die liberalkonservativen Orangenen ab, indem sie 30 Prozent der Mitarbeiter*innen der Ministerien entließen.²⁸ Eine neue Wirtschaftspolitik führte dazu, dass die Löhne stagnierten, die Inflation einen Satz nach oben machte und somit die Erhöhung der Renten auffraß.²⁹ Vom Neoliberalismus überzeugt, forcierten die Orangenen Liberalisierungen und Privatisierungen. Von diesen sollten aber die aus ihrer Sicht Richtigen profitieren: Im Jahr 2006 verstaatlichte das Parlament das größte Stahlwerk *Kriworoschstal* im zentralukrainischen Kriwoj Rog, welches bis dahin der Oligarch Pintschuk kontrollierte. In Staatshand verblieb das Werk jedoch nicht, da es kurz darauf an den Stahlriesen *ArcelorMittal* verkauft wurde – der erste Fuß in der Tür für westliches Auslandskapital in größerem Umfang.³⁰ Unter Kutschma plünderten hauptsächlich die heimischen Oligarch*innen das Land, unter Juschtschenko erhielten multinationale Konzerne dabei eine größere Rolle.

Die Integration in den Gemeinsamen Wirtschaftsraum beendeten die orangenen Regierungen und begannen stattdessen im Jahr 2005 mit Verhandlungen über eine EU-Assoziierung der Ukraine. In Brüssel visitierte man damals an, den westeuropäischen Konzernen ein riesiges Absatz- und Investitionsgebiet in Osteuropa zu erschließen.³¹ Die Idee kam bereits 2002 von einem damaligen grünen Bundestagsabgeordneten.³² Als Anhänger*innen von Freihandelsdogmen gingen die Orangenen darauf ein. Neben der EU näherte sich die orangene Staatsspitze auch der NATO an: 2005 erklärte Präsident Juschtschenko, dass die Ukraine dem Militärblock beitreten wolle.³³

Schon nach neun Monaten im Amt setzte Präsident Juschtschenko seine politische Partnerin und Konkurrentin Julia Timoschenko als Premierministerin ab und ließ mit der Unterstützung der Opposition einen neuen Premier wählen.³⁴ Zu den Parlamentswahlen 2006 errangen die ‚Partei der Regionen‘, SPU und KPU mit

21 Sławomir Matuszak: *The Oligarchic Democracy – The Influence Of Business Groups in Ukrainian Politics*, OSW-Studie (Ośrodek Studiów Wschodnich) Nr. 42, Warschau 2012, S. 23. 22 Ebenda, S. 20. 23 Ian Traynor: *US campaign behind the turmoil in Kiev*, theguardian.com 26.11.2004, theguardian.com/world/2004/nov/26/ukraine.usa 24 Antisemitische „Kultur“, german-foreign-policy.com 27.11.2004, german-foreign-policy.com/news/detail/1149 25 Taras Kuzio: *Viktor Yanukovich Loses Control in Kyiv, Retreats to Donetsk*, jamestown.org 29.11.2004, jamestown.org/program/viktor-yanukovich-loses-control-in-kyiv-retreats-to-donetsk/ 26 Matuszak: *The Oligarchic Democracy*, S. 23. 27 Hannes Hofbauer: *Welche Revolution?*, in: junge Welt, 31.05.2005. 28 Hannes Hofbauer: *Demokratie in Orange*, in: junge Welt, 28.05.2005. 29 Tomasz Konieczny: *Ukraine am Scheideweg*, in: junge Welt, 07.03.2006. 30 Hannes Hofbauer: *Im Griff des IWF*, in: junge Welt, 22.10.2009. 31 Jürgen Wagner: *Ungehemmter Warenverkehr*, in: junge Welt, 05.02.2014. 32 *Deutschland will Westbindung der Ukraine*, german-foreign-policy.com 07.06.2002, german-foreign-policy.com/news/detail/205 33 *Ukraine seeks Nato relationship*, theguardian.com 22.02.2005, theguardian.com/world/2005/feb/22/usa.politics 34 Tomasz Konieczny: *Ukraine am Scheideweg*, in: junge Welt, 07.03.2006.

etwas über 41,5 Prozent der Stimmen eine relative Mehrheit. Janukowitsch rückte zum Premier auf, blieb jedoch nicht lange im Amt: Nach Neuwahlen im Jahr 2007 kehrte Timoschenko als Premierministerin zurück.

Die internationale Finanzkrise 2007/2008 traf die ukrainische Wirtschaft mit besonderer Härte. Trotzdem forcierten die Orangen den ukrainischen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) ohne Übergangsfristen oder besondere Vorbedingungen. Als 2008 die Ukraine der WTO beitrug, bedeutete dies einen erneuten Liberalisierungsschub. Erst unter Janukowitsch sollte die Ukraine Nachverhandlungen mit der Welthandelsorganisation beginnen.³⁵

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der krisenfördernden Politik Juschtschenkos sank im ersten Halbjahr 2009 die Industrieproduktion, verglichen mit dem erstem Halbjahr 2008, um 30 Prozent. Die Budgeteinnahmen gingen um ein Fünftel zurück. Die Regierung

erklärte, dass sie gezwungen sei, Kredite vom IWF anzunehmen. Doch damit gelangte die Ukraine vom Regen in die Traufe: Die IWF-Kreditbedingungen beinhalteten unter anderem die Forderungen nach der Privatisierung von Wohnraum, der Erhöhung von Massensteuern sowie der Streichung von Subventionen im Sozialbereich. Juschtschenko und seine Verbündeten begannen, diese umzusetzen. Die Weltwährungsfonds-Dogmatiker forderten sogar eine Verdreifachung des Gaspreises für die Bevölkerung. Durch die vom IWF diktierten Bedingungen und das konjunkturell ohnehin schlechte Umfeld kam es zu einem allgemeinen Lohnrückgang von 10 Prozent. Zwischen September 2008 und September 2009 verlor die Währung Hrywnja gegenüber dem US-Dollar 80 Prozent ihres Wertes. Der sinkende Stahlpreis nach dem Beginn der Finanzkrise 2007/2008 verkleinerte außerdem die wichtigsten Exporteinnahmen beträchtlich.

³⁵ *Yanukovych hopes for review of WTO terms, deeper IMF cooperation*, kyivpost.com 25.12.2012. kyivpost.com/article/content/business/yanukovych-hopes-for-review-of-wto-terms-deeper-imf-cooperation-318126.html

RÜCKKEHR ZUR NEUTRALITÄT UND ERNEUTE STABILISIERUNG (2010–2013)

Angesichts von politischem Chaos und rapidem wirtschaftlichen Niedergang hatte es Janukowitsch leichter bei seinem zweiten Anlauf zur Wahl des Präsidenten im Jahr 2010. Die Präsidentschaftswahlen gewann er in der Stichwahl mit knapp 49 Prozent gegen Julia Timoschenko, die etwas mehr als 45 Prozent der Stimmen erhielt – Janukowitsch war somit der letzte von der Gesamtukraine gewählte Präsident des Landes. Als Premier setzte er Mikola Asarow aus Donezk ein. Eine Koalition aus ‚Partei der Regionen‘, SPU, Block Litwin, die von der KPU geduldet wurde, wählte eine neue Regierung.

In der Innen- und Wirtschaftspolitik gab es einen erneuten Schwenk: So setzte die erste Asarow-Regierung auf eine Stärkung der Mittelschicht und die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter*innen. Der Mindestlohn stieg von 669 Hrywnja im Monat im Jahre 2009 auf 1.147 Hrywnja im Jahr 2013. Darüber hinaus sank mit einer zügig implementierten Steuerreform die Mehrwertsteuer von 20 Prozent auf 17 Prozent.³⁶ Die Regierung duldet setzte die KPU durch, dass das Bildungsministerium im Jahr 2011 die Neuformierung der alten Pionierorganisationen ankündigte. Die ukrainischen Kommunist*innen setzen auf eine Politik der kleinen Schritte.

Im Jahr 2010 erhielt die Ukraine einen IWF-Kredit, den noch das Gespann Juschtschenko–Timoschenko ausgehandelt hatte. Als zentrale Bedingung des Weltwährungsfonds sollte eine „Reform des Rentensystems“ erfolgen. Außerdem diktierte der Weltwährungsfonds, dass die Löhne und Renten der Ukraine einzufrieren sowie Subventionen für Treibstoff und Heizung zu kürzen seien. Doch im Frühjahr 2011 stellte die Regierung die Kooperation mit dem IWF ein. Die dritte Tranche des 15-Milliarden-Dollar-Kredits kam nicht mehr zur Auszahlung.

Die Asarow-Regierung begann stattdessen, die Bindung an den Westen zu lockern. Nach einem Parlamentsbeschluss gab die Ukraine ihre NATO-Ambitionen auf und kehrte zur Neutralität zurück.³⁷ Im Pakt von Charkow vom April 2010 stimmte die Kiewer Regierung einer Verlängerung der russischen Militärpräsenz auf der Krim bis zum Jahr 2042 zu und erhielt dafür einen drastischen Rabatt auf Erdgas, welches dauerhaft im Preis sank.³⁸ Bis zum Putsch im Februar 2014 hatte Russland mit den verbilligten Erdgaslieferungen insgesamt mehr Geld in die ukrainische Wirtschaft investiert als der Westen überhaupt.³⁹ Von Anfang an gehörte das Land darüber hinaus der 2012 etablierten GUS-Freizone an.

Die ukrainische Neutralität verhinderte nicht, dass das Land in der Rüstungswirtschaft eng mit anderen Staaten kooperierte. So exportierte die Firma *Motor Sitsch* in Saporischschja, einer der größten Hersteller

von Hubschrauber- und Flugzeugmotoren der Welt, bis 2014 hauptsächlich nach Russland.⁴⁰ Fast alle russischen Militärhubschrauber flogen damals mit *Motor Sitsch*-Motoren. Auch für das russische leichte Angriffsflugzeug Jakowlew Jak-130 stellte die Firma die Triebwerke her.⁴¹

Die Annäherung an Russland hatte aber ihre Grenzen: Als Vizepremier Wolodymyr Semynschenko erklärte, dass die Ukraine mit Belarus und Russland eine Union wie den 1999 etablierten belarussisch-russischen Unionsstaat bilden solle, da die ukrainische Bevölkerung es angeblich so wolle, setzte die Regierungskoalition ihn kurzerhand mit Stimmen der Opposition ab.⁴² Die Neutralist*innen wollten eine Verbesserung der Beziehungen zum Osten – aber das Land nicht allzu eng an Moskau binden.

Zusätzlich zur Annäherung an Russland erhielt die Ukraine in den Jahren 2010 bis 2013 Kredite im Umfang von über 8,5 Mrd. Dollar aus der Volksrepublik China. Dorthin stiegen Exporte massiv an: 2012 begann die Lieferung von Mais und ein Jahr später umfasste das jährliche Getreideexportvolumen bereits über vier Millionen Tonnen. Die Beziehungen hatten auch eine militärische Komponente: Im Jahr 2011 stach Chinas erster Flugzeugträger ‚Liaoning‘ in See – dieser kam Ende der 1990er als Flugdeckkreuzer aus der Ukraine. Daneben gab es längerfristige Kooperationen: So basierten die trägergestützten Kampffljets der Volksbefreiungsarmee des Typs Shenyang J-15 auf der in der späten Sowjetunion entwickelten Su-33, von denen China einen Prototypen der Ukraine abgekauft hatte.⁴³ Darüber hinaus waren Chinas modernste Zerstörer mit Gasturbinen ausgestattet, die aus der Ukraine kamen.

Neben der wirtschaftlichen Anlehnung an China und Russland forcierten die Regierungen unter Janukowitsch auch die militärische Anbindung an die NATO. Ukrainische Truppen dienten als Teil von NATO-Missionen im Irak (ab 2011), vor dem Horn von Afrika (ab

³⁶ Nazar Kholod: *Reforming the Ukrainian Economy under Yanukovych: The First Two Years*, carnegieendowment.org/02.04.2012. carnegieendowment.org/2012/04/02/reforming-ukrainian-%20economy-under-yanukovych-first-two-years/a63h ³⁷ David X. Noack: *Politics of Neutrality in the Post-Soviet Space A Comparison of Concepts, Practices, and Outcomes of Neutrality in Moldova, Turkmenistan, and Ukraine 1990–2015*, in: Pascal Lottaz/Herbert R. Reginbogin (Hgg.): *Notions of Neutralities*, Lanham (MD)/Boulder (CO)/New York (NY)/London (2019), S. 267–288 (hier: S. 279). ³⁸ Pavel Korduban: *Gas in Exchange for Naval Base: a Boon to Ukraine's Weak Economy*, jamestown.org/28.04.2010. jamestown.org/program/gas-in-exchange-for-naval-base-a-boon-to-ukraines-weak-economy/ ³⁹ Anatol Lieven: *Reckless and ruthless? Yes. But is Putin insane? No.*, responsiblestatecraft.org/03.05.2022. responsiblestatecraft.org/2022/05/03/reckless-and-ruthless-yes-but-is-putin-insane-no/ ⁴⁰ Alla Hurska: *The Motor Sich Factory and Its Covert Ties to Russia*, jamestown.org/19.09.2019. jamestown.org/program/the-motor-sich-factory-and-its-covert-ties-to-russia/ ⁴¹ Gregory J. Moore: *Ukraine: A military-industrial complex to die for*, atimes.com/27.05.2014. web.archive.org/web/20140527202646/http://atimes.com/atimes/Central_Asia/CEN-01-270514.html ⁴² Winfried Schneider-Deters: *Die Ukraine – Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union*, Berlin 2012, S. 397–406. ⁴³ Caleb Larson: *Why China's J-15 Fighter Is a Copy of Russia's Su-33 (But It Has a Problem)*, nationalinterest.org/16.04.2020. nationalinterest.org/blog/buzz/why-china%E2%80%99s-j-15-fighter-copy-russias-su-33-it-has-problem-144842

2013) und innerhalb der NATO Response Force.⁴⁴ Die Verhandlungen über eine EU-Assoziierung setzte die ukrainische Regierung zunächst ebenso fort. Im Juli 2011 wurde außerdem bekannt, dass die ukrainische Armee sich an einer „EU Battle Group“ beteilige.⁴⁵ Waffenexporte aus der Ukraine nach Deutschland stiegen zugleich rapide an – die Waffen fanden dann wahrscheinlich ihren Weg zu den Rebellen in Syrien.⁴⁶ Die Rückkehr zur Neutralität führte dazu, dass die Regierung in Kiew die Beziehungen nach Ost und West in unterschiedlichen Bereichen ausbaute.

Gegenüber den USA verfolgte die ukrainische Regierung eine „pragmatische Politik“, wie es Mitarbeiter*innen der US-Botschaft bereits im Vorfeld intern vermerkten.⁴⁷ Nach entsprechenden Zusagen von Präsident Janukowitsch gegenüber US-Präsident Barack Obama (im Amt 2009–2017) wurden insgesamt 128 Kilogramm hochangereichertes Uran (HEU) aus der Ukraine abtransportiert.⁴⁸ Damit verließ das Land den sehr exklusiven Club von weniger als 20 Staaten, die über mehr als 100 Kilogramm HEU verfügen. Das Material kann genutzt werden, um Atombomben zu bauen. Auch wirtschaftlich gab es eine Annäherung zwischen der Ukraine und den USA: Noch im November 2013 unterzeichneten Offizielle der Ukraine mit dem US-Energiekonzern *Chevron* ein Abkommen zur Förderung von Schiefergas. Mithilfe von Fracking sollte die Ukraine bis 2020 von russischem Gas unabhängig werden.⁴⁹ Der Vertrag hatte eine Laufzeit, die auf bis zu 50 Jahre hätte ausgedehnt werden können. Bereits im Januar 2013 ging eine Fracking-Konzession an *Shell*.

Nach dem orangenen Wahldebakel bei dem Urnengang 2010 sortierte sich das Lager rechts der Mitte um. Witali Klitschko etablierte im Jahr der Parlamentswahl seine Partei UDAR. Laut einem NRW-Landtagsabgeordneten der CDU sei der Ex-Boxer „von der Konrad-Adenauer-Stiftung damit beauftragt“ worden, „in der Ukraine eine christlich-konservative Partei unterstützend mit auf die Beine zu stellen“.⁵⁰ Vor allem in der Gründungsphase erhielt diese Hilfe von der CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Neben der Partei ‚Batkivschtschina‘ (‚Vaterland‘) von Julia Timoschenko stieg die UDAR-Partei als zweite große Kraft des liberalkonservativen Lagers auf. Die Partei ‚Unsere Ukraine‘ von Juschtschenko hingegen versank in der Bedeutungslosigkeit.

Mit Swoboda und der Radikalen Partei erstarkten erstmals landesweit extrem rechte Parteien. Die Swoboda ging aus der bereits 1991 gegründeten Sozial-Nationalen Partei der Ukraine (SNPU) hervor. Deren Parteilogos war die Wolfsangel, die auch im Wappen der 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“ genutzt wurde.⁵¹ Unter Oleg Tjagnibok änderten die Faschist*innen allmählich ihr Auftreten und stellten die Landesfarben blau und gelb in den Vordergrund. Programmatisch änderte sich durch das neue Aussehen jedoch nichts. 2012 konnte Swoboda durch Wahlabsprachen mit der Vaterlandspartei mit über 10 Prozent in das ukrainische Parlament einziehen.⁵² Die 2012 von der Vaterlandspartei abge-

spaltene Radikale Partei vertrat vorerst nur ein Abgeordneter in der Rada – der direkt gewählte Oleg Ljaschko.

Im Verlauf des Jahres 2013 spitzte sich die Situation um das osteuropäische Land zu – die Regierung in Kiew verhandelte weiter die EU-Assoziierung, und Ende des Jahres sollten Vertreter*innen von Ländern der ‚Östlichen Partnerschaft‘ auf einem Gipfel im litauischen Vilnius das Assoziierungsabkommen unterzeichnen. Im Herbst erhöhte die russische Regierung den Druck auf die Ukraine, indem Sergei Glasjew, der Berater für die eurasische Wirtschaftsintegration des russischen Präsidenten, erklärte, dass Russland die Abspaltung der Ost- und Südukraine unterstütze, wenn die Regierung in Kiew den Vertrag über die EU-Assoziierung unterzeichnete. Seiner Meinung nach hätte die russische Regierung „das Recht dazu“.⁵³ Selbstverständlich hatte sie es nicht.

Die von der Regierung in Kiew angestrebte Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft mithilfe der EU-Assoziierung hatte einen Preis: Die Vertreter*innen aus Brüssel legten gemeinsam mit dem IWF Bedingungen für Kredite vor, die mit der EU-Assoziierung einhergehen sollten. Angesichts dieser Bedingungen erklärte Premier Asarow, dass die Ukraine im Falle einer Assoziierung mit der Europäischen Union „binnen Monaten kollabieren“ würde.⁵⁴ Die Regierung in Kiew sagte die Unterzeichnung des Abkommens ab.

Auf dem Maidanplatz in Kiew kam es zu Demonstrationen der Opposition. Ein brutaler Polizeieinsatz der Spezialeinheit ‚Berkut‘ Ende November 2013 führte zu einer Welle der Solidarisierung mit den Demonstrierenden in Kiew. Immer mehr Oppositionelle, vor allem aus den Westteilen des Landes, reisten zum Maidan. Präsident Janukowitsch wiederum flog nach Russland und China und unterzeichnete dort langfristige Verträge. Ein Vertrag mit Moskau sicherte Kiews Wirtschaft angeblich einen Rabatt von 25 Prozent auf russisches Gas.⁵⁵ Außerdem nahmen beide Seiten Verhandlungen über einen 15-Mrd.-Dollar-Kredit auf. In Peking schloss-

⁴⁴ *15 years of Distinctive Partnership between NATO and Ukraine*, nato.int 09.07.2012. nato.int/cps/en/natohq/news_89037.htm ⁴⁵ Leigh Turner: *Ukraine joins EU battle group*, blogs.fcdo.gov.uk 11.07.2011. blogs.fcdo.gov.uk/leightturner/2011/07/11/ukraine-joins-eu-battle-group/ ⁴⁶ *Ukraine wickelt Waffengeschäfte über Deutschland ab*, spiegel.de 27.04.2014. spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-liefert-waffen-an-deutschland-kommen-gewehre-nach-syrien-a-966351.html ⁴⁷ US-Depesche: *A Yanukovych Foreign Policy*, wikileaks.org 25.11.2009. wikileaks.org/plusd/cables/09KYIV2054_a.html ⁴⁸ *Ukraine Highly Enriched Uranium Removal*, obamawhitehouse.archives.gov 27.03.2012. obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2012/03/27/fact-sheet-ukraine-highly-enriched-uranium-removal#:~:text=The%20United%20States%20today%20announced,two%20remaining%20sites%20in%20Ukraine. ⁴⁹ *Chevron macht Ukraine unabhängiger von Russland*, handelsblatt.com 05.11.2013. handelsblatt.com/unternehmen/industrie/milliarden-deal-chevron-macht-ukraine-unabhaengerig-von-russland/9033496.html ⁵⁰ *Der Schlag des Boxers*, german-foreign-policy.com 14.05.2012. german-foreign-policy.com/news/detail/5582 ⁵¹ *Ukraine: EU-Botschafter sieht Neonazis als Partner*, in: Neues Deutschland 21.12.2013. ⁵² *Ein breites antirussisches Bündnis*, german-foreign-policy.com 03.12.2013. german-foreign-policy.com/news/detail/6136 ⁵³ Ben Hoyle: *Russia threatens to back Ukraine split*, thetimes.co.uk 23.09.2013. thetimes.co.uk/article/russia-threatens-to-back-ukraine-split-tjz257pzdww ⁵⁴ *Azarov: If Ukraine signed association agreement with EU, it would have faced collapse within months*, kyivpost.com 18.12.2013. kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/azarov-if-ukraine-signed-association-agreement-with-eu-it-would-have-faced-collapse-within-months-333940.html ⁵⁵ Ilya Arkhipov/Henry Meyer: *Ukraine May Clinch 25% Gas Price Discount*, Putin Ally Says, bloomberg.com 16.12.2013. bloomberg.com/news/2013-12-16/ukraine-may-clinch-25-gas-price-discount-putin-ally-says.html

sen Vertreter der Ukraine und Chinas langfristige wirtschaftliche und politische Verträge. Beide Seiten vereinbarten den Bau eines Tiefseehafens nahe der Stadt Jewpatorija auf der Krim. In die Hafenanlage sollte die chinesische Seite zehn Mrd. Dollar investieren. Darüber hinaus erhielt Janukowitsch in Peking Zusagen für Investitionen und Aufträge in Höhe von acht Mrd. US-Dollar. Der chinesische Staatschef Xi Jinping machte außerdem die Zusage, Peking werde im Fall der Bedrohung durch Großmächte einen Nuklearschuttschirm über der Ukraine aufspannen.⁵⁶ Die Regierung in Kiew erhielt im Gegenzug für ihre Absage der EU-Assoziierung weitreichende Zusagen aus dem Osten.

Die anhaltenden Demonstrationen entwickelten sich zu einer politischen Krise, in die sich auswärtige Mächte einmischten. Im Westen und Zentrum des Landes besetzten Demonstrierende Regierungsgebäude und am 19. Februar erklärte eine selbst ernannte „Volks-Rada“ in Lwiw die „Unabhängigkeit von der Janukowitsch-Regierung“.⁵⁷ In Iwano-Frankiwsk und Lwiw stahlen Demonstrierende Waffen und Munition aus Beständen des Geheimdienstes.⁵⁸ Die Lage spitzte sich weiter zu.

Während die Umfragen Janukowitsch führend und Klitschko auf dem zweiten Platz dahinter sahen, plante Victoria Nuland eine ganz andere Regierung. Die „Assis-

tant Secretary of State“ – was in Deutschland etwa dem Rang eines Unterabteilungsleiters im Auswärtigen Amt entspräche – telefonierte mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, und betonte, dass Klitschko nicht einer neuen Regierung angehören solle und stattdessen der neoliberale Hardliner Arsenij Jazenjuk den Posten des Premierministers zu übernehmen habe. Zur Europäischen Union sagte sie „Fuck the EU“ („Scheiß auf die EU“).⁵⁹ Selbstverständlich wollte die US-Neokonservative Nuland nicht den „Mann der Deutschen“ Klitschko, sondern lieber einen dem IWF genehmen Liberalen durchsetzen. Wahrscheinlich durch die Arbeit russischer Geheimdienste wurde dieses Telefonat der Öffentlichkeit bekannt.

Aufgrund der Eskalation der Lage entsandte die EU drei Außenminister nach Kiew, die dort mit der Regierung und den drei großen Oppositionsparteien ein Abkommen unterzeichneten. Dieses sah eine Räumung der besetzten Gebäude, die Entwaffnung von Demonstrierenden und das Vorziehen der Wahlen vor. „Wir werden ein Auge darauf haben, dass aus der Vereinbarung, die hier getroffen wurde, auch Politik wird“, sagte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier nach der Unterzeichnung des Abkommens am 21. Februar.⁶⁰

⁵⁶ Shi Ming: *Ukrainekonflikt: Chinas Weichen sind vorerst gestellt*, ipg-journal.de 04.03.2014. ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/ukraine-konflikt-chinas-weichen-sind-vorerst-gestellt-292/ ⁵⁷ Gianluca Mezzofiore: *Ukraine Facing Civil War: Lviv Declares Independence from Yanukovich Rule*, ibtimes.co.uk 19.02.2014. ibtimes.co.uk/ukraine-facing-civil-war-lviv-declares-independence-yanukovich-rule-1437092 ⁵⁸ *Disturbances escalate in western Ukraine*, euronews.com 20.02.2014. web.archive.org/web/20140220141415/http://www.euronews.com/2014/02/20/ukraine-s-regions-begin-to-rise-against-yanukovich/ ⁵⁹ Doina Chiacu/Arshad Mohammed: *Leaked audio reveals embarrassing U.S. exchange on Ukraine, EU*, reuters.com 07.02.2014. reuters.com/article/us-usa-ukraine-tape-idUSBREA1601G20140207 ⁶⁰ Claudia Ehrenstein/Sascha Lehnartz/Florian Kellermann: *Der diplomatische Coup des Frank-Walter Steinmeier*, welt.de 22.02.2014. welt.de/politik/ausland/article125094196/Der-diplomatische-Coup-des-Frank-Walter-Steinmeier.html

PUTSCH, BÜRGERKRIEG, EU-ASSOZIIERUNG UND WIRTSCHAFTLICHER NIEDERGANG (2014–2020)

Einen Tag darauf stürmten Oppositionelle vom Maidan aus das Parlament. Unter diesen Kräften befanden sich auch Faschist*innen der UNA-UNSO, die auf Kampferfahrung in diversen post-sowjetischen Kriegen zurückblicken konnten.⁶¹ Eine Reihe von Abgeordneten – darunter mehrere Kommunist*innen – flohen. Die Opposition aus UDAR, Swoboda und Vaterlandspartei beendete ihren bis dahin praktizierten Parlamentsboykott und wählte ohne verfassungsgemäße Grundlage einen neuen Präsidenten: Oleksandr Turtschynow. Selbst der private US-Geheimdienst *Stratfor* schrieb am Tag nach dem Putsch, dass „das ukrainische Parlament [...] die ihm von der Verfassung gesetzten, rechtlichen Grenzen überschritten [hat], indem es versucht, eine Regierung ohne den ukrainischen Präsident Wiktor Janukowitsch zu bilden. [...] Dieses Vorgehen führt die Ukraine in sehr undurchsichtige und trübe politische Gewässer.“⁶² Das hinderte diverse Regierungen von EU- und NATO-Staaten jedoch nicht, diese neue Staatsspitze sofort anzuerkennen.

UDAR, Swoboda und Vaterlandspartei sowie Teile der kurzerhand zerfallenen Partei der Regionen⁶³ wählten Arsenij Jazenjuk wenige Tage später zum Premier – durch die Flucht von Abgeordneten hatten sich die Mehrheitsverhältnisse in der Rada geändert. Jazenjuk bildete eine Regierung, in der auch Faschist*innen der Swoboda-Partei Regierungämter erhielten. Mit dem ehemaligen Marinechef Igor Tenjuch stellte die rechte Partei den ersten Verteidigungsminister der Regierung Jazenjuk.

Ein vom Rumpfparlament kurz nach dem Putsch verabschiedetes „Lustrationsgesetz“ legte fest, dass Kommunist*innen und Janukowitsch-Anhänger*innen aus allen Ämtern fristlos zu verbannen seien. Demnach müssten „praktisch alle Staatsangestellten in führenden Positionen entlassen werden“. Allein 2014 verloren 700 Beamte und Offizielle somit ihre Stellung.⁶⁴

Nach dem Putsch begann im Osten und Teilen des Südens der Ukraine eine populäre Revolte gegen die Regierung aus neoliberalen Hardliner*innen und Neonazis in Kiew. Eine *New-York-Times*-Journalistin beschrieb die Revoltierenden als „Minenarbeiter*innen, einfache Angestellte und Busfahrer*innen“, die gegen die Putschregierung aufbegehrten.⁶⁵ Zunächst beschränkten sie sich auf Mittel des zivilen Ungehorsams: Ähnlich wie die Anti-Janukowitsch-Demonstrierenden besetzten die Anti-Maidan-Kräfte Regierungsgebäude im Süden und Osten des Landes. An der Spitze der Bewegung konnten sich jedoch schnell „kleinbürgerliche Abenteuer*innen“ durchsetzen.⁶⁶ Diese erhielten teilweise ihre Gelder durch nicht-staatliche Akteure aus Russland wie den kleinkalfaschistischen Oligarchen Konstantin Malofejew.⁶⁷

Um sich lokale Unterstützung zu sichern, ernannte die Kiewer Regierung neue Gouverneure im Süden

und Osten. Darunter befanden sich eine Reihe von Oligarchen wie Igor Baluta in Charkow, Serhij Taruta in Donezk und Igor Kolomojskyj in Dnjepropetrowsk. Einige von ihnen finanzierten lokale Milizen, welche absichern sollten, dass ihre Regionen unter Kontrolle der Kiewer Regierung bleiben. Unter anderem mit Hilfe von Faschisten wie Oleg Ljaschko entstanden Freiwilligenbataillone wie ‚Asow‘, ‚Ukraine‘ und ‚Schachtar‘. Durch den im April durch die „Anti-Terror-Operation“ der Regierung begonnenen Donbass-Bürgerkrieg erhielt die Konkurrenz zwischen den Oligarch*innen eine neue Eskalationsstufe: Von Kolomojskyj finanzierte Milizen beschossen im August 2014 absichtlich mehrere Fabriken des Oligarchen Dmitro Firtasch, der 2012 bis 2014 Janukowitsch beraten hatte.⁶⁸

Während einige Oligarch*innen sich eindeutig auf die Seite der neuen Regierung stellten, nahmen andere eine abwartende Haltung ein. Rinat Achmetow beispielsweise etablierte eine Miliz aus Fabrikarbeiter*innen und positionierte sich damit zwischen der Putschregierung in Kiew und Rebell*innen im Südosten, die den Anschluss an Russland suchten.⁶⁹ Die russische Regierung schlug der US-Regierung vor, dass diese „Solist*innen“, auf welche Moskau setzte, im „großen ukrainischen Chor“ mitspielen dürften – und auch demokratisch wieder gewählt werden könnten. Doch Washington lehnte solch ein Abkommen ab⁷⁰ – durch den Putsch lehnte sich die neue Regierung in Kiew an den Westen an, und die US-Regierung tat alles dafür, diese Machtverschiebung abzusichern. Der damalige deutsche Außenminister Steinmeier traf sich kurz nach dem Umsturz persönlich mit Achmetow.⁷¹ Letzterer bekannte sich im Mai – wahrscheinlich aus Mangel an Alternativen – zur Einheit der Ukraine.⁷²

⁶¹ Volodymyr Ishchenko: *Insufficiently diverse: The problem of nonviolent leverage and radicalization of Ukraine's Maidan uprising, 2013–2014*, in: *Journal of Eurasian Studies*, Jg. 11 (2020), Nr. 2, S. 201–215 (hier: S. 208). ⁶² Rainer Rupp: *In trüben Gewässern*, in: *junge Welt*, 25.02.2014. ⁶³ Aus der ‚Partei der Regionen‘ gingen auf lokaler Ebene Nachfolgeparteien wie der ‚Block Kernes‘ in Charkow und landesweit andere wie der ‚Oppositionsblock‘, ‚Wiedergeburt‘, ‚Starke Ukraine‘ und die vor allem auf kommunaler Ebene aktive Partei ‚Unser Land‘ (‚Nasch Krai‘) hervor. ⁶⁴ Florian Rötzer: *Wahlen dürften der Ukraine keine politische Stabilität bringen*, heise.de/tp/ 15.10.2014. telepolis.de/features/Wahlen-duerften-der-Ukraine-keine-politische-Stabilitaet-bringen-3367944.html ⁶⁵ Ron Dermer; *Sabrina Tavernise; Driss El Yazami*, charlieroose.com 30.07.2014. charlieroose.com/episodes/22619 ⁶⁶ Renfrey Clarke: *The Donbass in 2014: Ultra-Right Threats, Working-Class Revolt, and Russian Policy Responses*, in: *International Critical Thought*, Jg. 6 (2016), Nr. 4, S. 534–555 (hier: S. 542). ⁶⁷ Maksym Bugryj: *Hot Issue – Konstantin Malofeev: Fringe Christian Orthodox Financier of the Donbas Separatists*, jamestown.org 08.08.2014. jamestown.org/program/hot-issue-konstantin-malofeev-fringe-christian-orthodox-financier-of-the-donbas-separatists/ ⁶⁸ Zitiert aus einem Papier des BND, in: Eduard Steiner: *In der Ukraine tobt der Krieg der Oligarchen*, welt.de 23.08.2014. welt.de/wirtschaft/article131480672/In-der-Ukraine-tobt-der-Krieg-der-Oligarchen.html ⁶⁹ *Die Restauration der Oligarchen (IV)*, german-foreign-policy.com 26.05.2014. german-foreign-policy.com/news/detail/6310 ⁷⁰ Simon Shuster: *The Untold Story of the Ukraine Crisis*, time.com 02.02.2022. time.com/6144109/russia-ukraine-vladimir-putin-viktor-medvedchuk/ ⁷¹ *Die Restauration der Oligarchen (III)*, german-foreign-policy.com 16.05.2014. german-foreign-policy.com/news/detail/6298 ⁷² Shaun Walker: *Ukrainian oligarch backs Kiev rule, urging factory workers to daily strikes*, theguardian.com 20.05.2014. theguardian.com/world/2014/may/20/ukrainian-oligarch-akhmetov-backs-kiev-workers-strikes

Nach dem Februar-Putsch in Kiew besetzten russische Militärs im März kurzerhand völkerrechtswidrig die Halbinsel Krim. Das lokale Parlament wählte entgegen den bis dahin geltenden Regeln einen neuen Gouverneur und nach einem spontan angesetzten und international nicht überwachten Referendum trat die Krim der Russischen Föderation bei. Fünf Menschen fanden bei dem militärischen Handstreich den Tod und die bereits seit der Unabhängigkeit der Ukraine pro-russische Region wechselte den Staatsverband.

Das Massaker von Odessa am 2. Mai 2014, bei dem 42 Menschen starben und 200 verletzt wurden, hätte die russische Regierung als einen Vorwand für einen großangelegten Einmarsch nutzen können. Damals plädierten Hardliner*innen in der russischen Regierung dafür, den gesamten Osten und Süden der Ukraine zu besetzen – am Ende entschied sich der russische Präsident jedoch dagegen.⁷³ Aufgrund der unklaren Machtverhältnisse vor Ort, des Drucks von Rechten in Russland (wie Malofejew) und der Haltung der Hardliner*innen entschied sich Präsident Putin dafür, die russische Armee in der Ukraine einzusetzen. Im Sommer marschierten russische Soldaten in den Donbass ein, um die dort entstandenen Volksrepubliken zu unterstützen.⁷⁴

Mit Hilfe der russischen Armee gelang es den Separatist*innen, große Teile der Oblasten Donezk und Lugansk zu halten bzw. wieder einzunehmen. Eine von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel mit dem russischen Präsidenten ausgehandelte Lösung für den Bürgerkrieg im Donbass⁷⁵ endete abrupt mit dem Abschuss des Malaysia-Airlines-Flug 17 durch Separatist*innen und russische Soldaten. Im September 2014 unterzeichneten Vertreter*innen der Konfliktparteien unter der Schirmherrschaft der OSZE das erste Minsk-Protokoll.⁷⁶ Die Kämpfe gingen jedoch weiter und zum Jahreswechsel kollabierte der Waffenstillstand vollständig. Im Februar 2015 einigten sich dann die Abgesandten der Parteien auf das zweite Minsk-Protokoll, inklusive einer Dezentralisierung der Ukraine und einer OSZE-Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes. Die heiße Phase des Bürgerkrieges endete, doch es gab immer wieder Scharmützel an der Kontaktlinie.

Nach dem Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 arrangierten sich die alten Oligarch*innen mit der neuen Regierung und konnten so große Teile ihres Einflusses bewahren.⁷⁷ Dieser – laut Experten der Denkfabrik *Carnegie Europe* – „taktischen Allianz“⁷⁸ kam zugute, dass die Regierung Jazenjuk nicht anti-oligarchisch agierte. Nach dem Putsch gab es z. B. keine einzige Anklage gegen ukrainische Oligarch*innen, zudem wurde keine einzige Privatisierung aus der Amtszeit von Präsident Janukowitsch zurückgenommen.⁷⁹ Lediglich der Einfluss der ostukrainischen Oligarch*innen nahm nach dem Staatsstreich relativ ab.⁸⁰ Trotzdem konnten auch diese weiterhin neue Unternehmen kaufen.⁸¹ Zu den alten Oligarch*innen hinzu gesellten sich neue Geschäftsmänner, unter anderem aus dem Umfeld Petro Poroschenkos, hinzu.

Die spontan angesetzten Präsidentschaftswahlen im Mai gewann der aus dem südkrainischen Budschak stammende Oligarch Poroschenko, dessen Vermögen damals auf 1,4 Mrd. Dollar geschätzt wurde, haushoch. Der Unternehmer mit bulgarischen Vorfahren kontrollierte bereits zu der Zeit sowohl verschiedene Süßwarenhersteller als auch Waffenschmieden und Werften, wie beispielsweise die *Werft auf der Rybalski-Insel* (bis 2017 *Leninskaja Kuznja*) – ein am Dnjepr in Kiew gelegener geschichtsträchtiger Schiffsbaubetrieb.

Vor der vorgezogenen Parlamentswahl im Oktober 2014 sortierten sich die liberalkonservativen Kräfte neu. Bereits kurz nach dem Putsch trafen sich Klitschko und der damalige Präsidentschaftskandidat Poroschenko mit Dmitro Firtasch in Wien – wo Firtasch aufgrund von Anklagen seit dem März 2014 festsaß.⁸² Die US-Regierung forderte die Auslieferung Firtaschs, was Österreich hingegen in einem Präzedenzfall ablehnte.⁸³ Im August 2015 ging Klitschkos Partei UDAR vorläufig in der Partei Poroschenkos auf.

Mit den Parlamentswahlen 2014 verschob sich der parlamentarische Schwerpunkt des ukrainischen Faschismus von Swoboda zur Radikalen Partei. Die Partei konnte ihre Sitze in der Rada im Vergleich zu den Wahlen 2014 von einem auf 21 erhöhen und wurde in der Folge an der Regierung beteiligt. Beide Wahlen in der Rumpfukraine zeichnete aus, dass die Wahlbeteiligung im Zentrum und Westen des Landes (bis auf Transkarpatien) sehr hoch und im Osten und Süden sehr gering war – die Ukraine entwickelte sich zu einem Staat der Ukrainer*innen und immer weniger einem der ethnischen Minderheiten.

Wirtschafts- und sozialpolitisch wurde an die neoliberale Schocktherapie aus der orangenen Zeit angeknüpft: Jazenjuk bekannte sich dazu, alle IWF-Vorgaben umzusetzen,⁸⁴ und im ersten Staatshaushalt unter seiner Ägide fanden sich viele soziale Kürzungsmaßnahmen. So wurden beispielsweise die Hilfen für Tschernobyl-Opfer ebenso gestrichen wie die kostenlose Schulbildung und subventioniertes Schulesen sowie gab es Einschnitte in der medizinischen Versorgung. Ende 2015 schaffte das Parlament nach Vorgaben des IWF die Mehrwertsteuervorteile für Bäuer*innen ab.⁸⁵ Das setzte vor allem kleine

⁷³ Lieven: *Reckless and ruthless?* ⁷⁴ Volodymyr Ishchenko: *Towards The Abyss*, newleftreview.org 13.04.2022. newleftreview.org/issues/ii133/articles/volodymyr-ishchenko-towards-the-abyss ⁷⁵ Margareta Pagano: *Land for gas: Merkel and Putin discussed secret deal could end Ukraine crisis*, independent.co.uk 01.08.2014. independent.co.uk/news/world/europe/land-for-gas-secret-german-deal-could-end-ukraine-crisis-9638764.html ⁷⁶ *Protocol on the results of consultations of the Trilateral Contact Group, signed in Minsk, 5 September 2014*, osce.org 05.09.2014. osce.org/home/123257 ⁷⁷ Wojciech Konończuk: *Keystone of the system – Old and New Oligarchs in Ukraine*, OSW-Studie Nr. 59, Warschau 2016, S. 35/36. ⁷⁸ Wojciech Konończuk: *Ukraine’s Omnipresent Oligarchs*, carnegieeuropa.eu 13.10.2016. carnegieeuropa.eu/strategieurope/64847 ⁷⁹ Konończuk: *Keystone of the system*, S. 17. ⁸⁰ Ebenda, S. 13. ⁸¹ Ebenda, S. 17. ⁸² Reinhard Lauterbach: *Bilanzen eines Präsidenten*, in: *junge Welt*, 08.09.2016. ⁸³ *Firtasch: Treffen mit Klitschko?*, wien.orf.at 04.04.2014. wien.orf.at/v2/news/stories/2640101/index.html ⁸⁴ *Yatseniuk: Ukraine’s government will fulfill all requirements of IMF*, kyivpost.com 03.03.2014. kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/yatseniuk-ukraines-government-will-fulfill-all-requirements-of-imf-338235.html ⁸⁵ Elizabeth Fraser: *The Future of Ukrainian Small Farmers under Threat under the IMF Mandate*, oaklandinstitute.org 04.02.2016. oaklandinstitute.org/blog/future-ukrainian-small-farmers-under-threat-under-imf-mandate

Bäuer*innen unter Druck, während multinationale Konzerne ihre Aktivitäten ausweiten konnten. Infolge der Schocktherapie stieg die Inflation an, die Hrywnja verlor an Wert und der Export brach ein.

Durch Korruptionsfälle trat Jazenjuk im April 2016 ab und Poroschenkos Protegé Wolodymyr Grojsman stieg zum neuen Premier auf. Spätestens mit diesem Ämterwechsel setzten sich die ukrainischen Oligarch*innen in der Regierung vollständig durch und überzeugte Liberale traten aus der Regierung aus. Die Finanzministerin Natalie Jaresko beispielsweise verlor ihren Posten und ging in das US-Außengebiet Puerto Rico⁸⁶ – von einer kapitalistischen Peripherie in die andere.

Um politisch Erfolge vorweisen zu können – die Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie der lodernde Bürgerkrieg im Donbass boten dazu keine Gelegenheit – verabschiedeten die Regierungskoalitionen unter Poroschenko immer mehr nationalistische und geschichtsrevisionistische Gesetze. Im April 2015 beschloss das ukrainische Parlament die so genannten „Dekommunisierungsgesetze“, in denen unter anderem die Kämpfer der faschistischen UPA aus dem Zweiten Weltkrieg als „Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine“ anerkannt wurden. Eine führende Rolle bei der Formulierung der Gesetze hatte Jurij Schukchewytsch, ein ehemaliger Vorsitzender der rechtsextremen UNA-UNSO, der von 2014 bis 2019 für die Radikale Partei in der Rada saß. Im Jahr 2019 verabschiedete die Rada außerdem ein neues Sprachengesetz, welches den Gebrauch des Ukrainischen in allen staatlichen Bereichen vorsah.⁸⁷ Diverse Minderheiten genossen fortan nicht mehr die gleichen Rechte wie zuvor.

Nach mehreren Spaltungen, Umbenennungen und Fusionen kristallisierte sich 2018 die neue größte Oppositionspartei heraus. Ende des Jahres schlossen sich die neutralistischen Oppositionsparteien ‚Oppositionsblock‘ und ‚Für das Leben‘ zur ‚Oppositionsplattform – Für das Leben‘ (OPzTsch) zusammen.⁸⁸ Während sich der politische Mainstream in eine westliche Richtung entwickelte, driftete die Opposition in die entgegengesetzte: Wiktor Medwetschuk, der Vorsitzende der Partei, galt gemeinhin als der am meisten pro-russisch eingestellte Politiker des Landes.⁸⁹ Die Neutralist*innen, von politischen Gegner*innen im In- und Ausland als „pro-russisch“ verschrien, näherten sich Moskau immer stärker an.

Präsident Poroschenko, der vor dem Staatsstreich im Jahr 2014 als relativ kleiner Oligarch galt,⁹⁰ profitierte nach der Übernahme des Präsidentenamts als einziger Großunternehmer des Landes. 2015 galt er als der einzige Oligarch, dem es im Rezessionsjahr gelang, sein persönliches Vermögen zu vermehren.⁹¹ Trotz eines Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts um 10,4 Prozent im Jahr 2015 florierte sein Konzernimperium und profitierte von Staatsaufträgen. Für die im Zuge des Bürgerkriegs im Donbass gegründete ukrainische Nationalgarde produzierte der *Bogdan*-Autokonzern beispielsweise Lastkraftwagen der belorussischen LKW-Marke MAZ in Lizenz.⁹² Seinen Geschäftskonkurrenten

Kolomojskyj setzte Poroschenko 2015 als Gouverneur von Dnjepropetrowsk ab.

Die Assoziierung mit der Europäischen Union wurde als wichtigstes außenpolitisches Vorhaben Kiews weiter vorangetrieben. Poroschenko verschob das Inkrafttreten jedoch auf Anfang des Jahres 2016, da die russische Regierung mehr als 2.300 Änderungsvorschläge zu dem Abkommen zwischen der EU und der Ukraine hatte und die EU-Spitze wegen eines drohenden wirtschaftlichen Kollapses der Ukraine über diese Vorschläge verhandelte.⁹³ Als weiteres großes außenpolitisches Projekt Poroschenkos gelang der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche die allgemeine Anerkennung unter den christlich-orthodoxen Kirchen. Diese erreichte sie 2018 und löste damit ein Schisma zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel aus, dessen Oberhaupt als „Primus inter pares“ als Oberhaupt der etwa 350 Millionen orthodoxen Christen fungiert.⁹⁴

Aufgrund des Verlusts der Krim und des Konflikts im Donbass versuchte die Kiewer Regierung, die ökonomischen Verbindungen nach Russland zu minimieren. Immer weitergehende Sanktionen sollten den ukrainisch-russischen Handel herunterfahren. Unter anderen wurde das russisch-ukrainische Freihandelsabkommen zum 01.01.2016 ausgesetzt. Die Freihandelsabkommen mit anderen GUS-Staaten blieben weiterhin in Kraft.⁹⁵ Laut einem Erlass des russischen Präsidenten durften ukrainische Waren nach Kasachstan jedoch ausschließlich in versiegelten Waggons, Zisternen und Lastkraftwagen sowie nur von Belarus aus durch Russland nach Zentralasien befördert werden.⁹⁶ Auf lange Sicht blieb das von untergeordneter Bedeutung, da sich der Außenhandel der Ukraine umorientierte.

Im Verlauf der US-Präsidentenwahlen 2016 fiel der Rechtsradikale Donald Trump mit einer bis dahin nie dagewesenen politischen Nähe zu Russland auf. Trump verfügte über seinen Berater Paul Manafort aber auch über Verbindungen zu den neutralistischen Oligarch*innen der Ukraine. Diese forcierten damals einen Friedensplan, bei dem Manafort eine wichtige Rolle spielen sollte. Da der Berater jedoch zurücktrat, ver-

⁸⁶ David X. Noack: *Amtszeit der Generaldirektorin der „Junta“ von Puerto Rico beendet*, amerika21.de 02.04.2022. amerika21.de/2022/04/257402/jaresko-puerto-rico ⁸⁷ Pavel Polityuk: *Ukraine passes language law, irritating president-elect and Russia*, reuters.com 25.04.2019. [reuters.com/article/us-ukraine-parliament-language-idUSKCN1S111N](https://www.reuters.com/article/us-ukraine-parliament-language-idUSKCN1S111N) ⁸⁸ Bermet Talant: *Two Russia-friendly parties join forces for presidential election*, kyivpost.com 09.11.2018. [kyivpost.com/ukraine-politics/two-russia-friendly-parties-join-forces-for-presidential-election.html](https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/two-russia-friendly-parties-join-forces-for-presidential-election.html) ⁸⁹ Ishchenko: *Towards The Abyss*. ⁹⁰ Konończuk: *Keystone of the system*, S. 21. ⁹¹ Reinhard Lauterbach: *Bilanzen eines Präsidenten*, in: *junge Welt*, 08.09.2016. ⁹² Graham Stack/Sergei Kuznetsov/Ben Aris: *Poroshenko's empire – the business of being Ukraine's president*, intellinews.com 29.08.2016. <https://www.intellinews.com/long-read-poroshenko-s-empire-the-business-of-being-ukraine-s-president-103790/#> ⁹³ *Ein Lernprozess*, german-foreign-policy.com 15.09.2014. [german-foreign-policy.com/news/detail/6411/](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6411/) ⁹⁴ Jan Strzelecki: *Relations severed between the Russian Orthodox Church and the Ecumenical Patriarchate of Constantinople: the prospect of a new schism*, osw.waw.pl 17.10.2018. osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2018-10-17/relations-severed-between-russian-orthodox-church-and-ecumenical ⁹⁵ Grigory Ioffe: *Perfect Is the Enemy of the Good: The Case of Belarus*, jamestown.org 10.02.2016. [jamestown.org/program/perfect-is-the-enemy-of-the-good-the-case-of-belarus/](https://www.jamestown.org/program/perfect-is-the-enemy-of-the-good-the-case-of-belarus/) ⁹⁶ Wjatscheslaw Polowinko: *Die Untergangs-Union*, dekode.org 13.01.2016. [dekode.org/de/article/die-untergangs-union](https://www.dekode.org/de/article/die-untergangs-union)

sandete diese Initiative. Die Ukraine stellte fortan keine Priorität für die US-Regierung unter Präsident Trump dar. Präsident Poroschenko gelang es lediglich an einer Stelle, die Beziehungen zwischen Kiew und Washington aufzuwerten: Vertreter*innen beider Seiten unterzeichneten im Frühjahr 2018 Verträge über den Import von Kohle aus den Vereinigten Staaten.⁹⁷ Abgesehen davon interessierte man sich in Washington wenig für die Ukraine.

Im Verlauf jahrelanger neoliberaler Reformen unter Präsident Poroschenko brach die Ukraine ökonomisch ein. Nach Erkenntnissen des Weltwährungsfonds galt die Ukraine 2018 erstmals als das ärmste Land Europas – noch hinter dem langjährigen Schlusslicht, der benachbarten Republik Moldau.⁹⁸ Laut Angaben der Weltbank stieg die Zahl der Menschen, die unterhalb der offiziellen Armutsschwelle lebten, von 15 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2014 auf 25 Prozent im Jahr 2018.⁹⁹ Das lag unter anderem an der Entwicklung der Energiepreise: Die Gaspreise für die einfache Bevölkerung stiegen von 2014 bis 2022 um 650 Prozent.¹⁰⁰

Aufgrund der Deindustrialisierung des Landes verringerten sich die Exporte der Ukraine dramatisch. Von 2013 bis 2017 fielen die Ausfuhren um 31 Prozent. Besonders betroffen war davon der industrielle Sektor: Der Wert der Exporte der stahlverarbeitenden Industrie stürzte von 21,2 Mrd. US-Dollar auf 12,7 Mrd. US-Dollar. Auch im Maschinenbau halbierten sich die Ausfuhren auf 4,9 Mrd. US-Dollar. Ab dem Jahr 2015 produzierte *Antonov* – ein Flaggschiff der ukrainischen Industrie – kein einziges Flugzeug mehr. Die Firma konnte nur durch den Flugbetrieb der Frachtfirma *Antonov Airlines* überleben.¹⁰¹ Bis in die Gegenwart hat die Ukraine das BIP-pro-Kopf-Niveau von 1990 nicht wieder erreicht.¹⁰² Im Gegenteil: Laut Berechnungen der Weltbank liegt das BIP pro Kopf heute sogar 20 Prozent darunter.¹⁰³

Zum ersten Mal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine waren im Jahr 2017 landwirtschaftliche Produkte das Hauptexportgut des Landes.¹⁰⁴ Damit wurde die Ukraine zu einem peripheren Staat – ähnlich vielen Ländern im subsaharischen Afrika, in Asien und in Lateinamerika. Mit der Deindustrialisierung ging eine Neujustierung des Außenhandels einher. Bis zum Jahr 2013 teilte sich der ukrainische Export fast gleichmäßig zwischen der EU, den postsowjetischen Staaten und dem Globalen Süden auf. Nach dem Umsturz 2014 ging der Ost- und der Südhandel dramatisch zurück – die Europäische Union dominierte immer mehr im Außenhandel des Landes. Die ukrainischen Produkte, die dort einen Absatzmarkt fanden, unterschieden sich aber grundlegend von den Produkten, welche die Ukraine in den Osten und in den Süden exportierte. Hauptsächlich führte sie wenig oder gar nicht verarbeitete Produkte in die EU aus. Den größten Anstieg von 2013 bis 2017 verzeichneten beispielsweise die ukrainischen Fett- und Ölexporte in die EU – sie stiegen um 195 Prozent an.¹⁰⁵ Die EU-Assoziierung ließ die Ukraine immer mehr zu einem Agrarland werden.

Neben der Wirtschaft kollabierte auch das Gesundheitswesen. 2017 gaben in Umfragen 90 Prozent der Ukrainer*innen an, sich Behandlungen nicht leisten zu können.¹⁰⁶ Im Jahr 2018 traten in der Ukraine 65 Prozent aller gemeldeten Neuausbrüche von Masern auf dem europäischen Kontinent auf.¹⁰⁷ Darüber hinaus litt das Land unter der zweitschwersten AIDS-Epidemie Europas: Von 2010 bis 2016 verdoppelte sich die Zahl der mit dem HI-Virus infizierten Menschen.¹⁰⁸ Im Jahr 2020 hatte die Ukraine laut der Weltbank die niedrigste Lebenserwartung auf dem europäischen Kontinent – noch hinter Armenien und der Republik Moldau.¹⁰⁹

In Reaktion auf die desaströse wirtschaftliche Lage, das politische Klima und die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Ukraine emigrierten immer mehr Menschen. Wie der damalige Außenminister Pawlo Klimkin 2018 einräumte, verließen damals jedes Jahr rund eine Million Menschen das Land. „Die Lage ist katastrophal“, erklärte der Politiker dem ukrainischen Fernsehsender *Nastojaschaja Wremja (Unsere Zeit)* und prophezeite: „Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen“.¹¹⁰ Für deutsche Konzerne sah die Situation jedoch ganz anders aus: Wie es Andreas Lier, der Präsident der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer, im Jahr 2018 formulierte, war die mit der EU assoziierte Ukraine die „beste Ukraine, die es jemals gab“.¹¹¹ Als Folge der ständig sinkenden Lebenserwartung und ansteigenden Emigration sank die ukrainische Bevölkerung von 1990 bis 2021 von 51,8 Mio. auf 41,2 Mio. Einwohner*innen – ein Rückgang von über einem Fünftel.

Das politische System ähnelte laut dem ukrainischen Soziologen Volodymyr Ishchenko, dem damaligen stellvertretenden Direktor des Zentrums für Gesellschaftsforschung in Kiew, zum Ende der Amtszeit von Präsident Poroschenko mit bewaffneten rechtsex-

97 Alessandra Prentice: *How a U.S. coal deal warmed Ukraine's ties with Trump*, reuters.com 19.02.2018. reuters.com/article/us-ukraine-usa-coal/how-a-u-s-coal-deal-warmed-ukraines-ties-with-trump-idUSKCN1G31V8 98 *IMF ranks Ukraine as Europe's poorest country*, intellinews.com 16.10.2018. intellinews.com/imf-ranks-ukraine-as-europe-s-poorest-country-150301/ 99 *More poor people in Ukraine now than five years ago – World Bank*, ukrinform.net 18.07.2018. ukrinform.net/rubric-society/2500940-more-poor-people-in-ukraine-now-than-five-years-ago-world-bank.html 100 Peter Korotaev: *Ukraine's War Economy Is Being Choked by Neoliberal Dogmas*, jacobin.com 14.07.2022. jacobin.com/2022/07/ukraine-neoliberalism-war-russia-eu-imf 101 Christian Mamo: *New hope for Ukraine's iconic aircraft manufacturer Antonov*, emerging-europe.com 01.07.2021. emerging-europe.com/news/new-hope-for-ukraines-iconic-aircraft-manufacturer-antonov/ 102 Branko Marcetic: *A Ukrainian Sociologist Explains Why Everything You Know About Ukraine Is Probably Wrong – An Interview with Volodymyr Ishchenko*, jacobin.com 10.02.2022. jacobin.com/2022/02/us-russia-nato-donbass-maidan-minsk-war 103 Smith: *Why is Ukraine such an economic failure?* 104 Stawomir Matuszak: *In Search of New Routes – Ukraine's Foreign Trade After the Revolution of Dignity*, OSW-Studie Nr. 75, Warschau 2018, S. 18. 105 Ebenda, S. 26. 106 Lullia Mendel: *In Ukraine, health care is free (except when it's not)*, politico.eu 05.04.2017. politico.eu/article/ukraines-ailing-health-care-system-underfunded-corrup-inaccessible/ 107 Oleksiy Sorokin: *Measles outbreak: Ukraine accounts for 65 percent of newly reported cases in Europe in 2018*, kyivpost.com 08.02.2019. kyivpost.com/ukraine-politics/measles-outbreak-ukraine-accounts-for-65-percent-of-newly-reported-cases-in-europe-in-2018.html 108 Stephanie Lahrz: *Der Krieg in der Ukraine ist eine Brutstätte für HIV*, nzz.ch 17.01.2018. nzz.ch/international/der-krieg-in-der-ukraine-ist-eine-brutstaette-fuer-hiv-ld.1347689 109 *Life expectancy at birth, total (years)*, data.worldbank.org (ohne Datum, abgerufen am 25.10.2020). data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.IN?end=2020 110 „Ситуация катастрофическая”: глава МИД Украины рассказал, что каждый год из страны уезжает миллион украинцев, currenttime.tv 04.09.2018. currenttime.tv/a/29469705.html 111 Brian Bonner: *World in Ukraine: Andreas Lier says German businesses bullish on Ukraine*, kyivpost.com 28.09.2018. kyivpost.com/business/world-in-ukraine-andreas-lier-says-german-businesses-bullish-on-ukraine.html

remem Milizen als bedeutendem politischen Faktor der „Situation in Lateinamerika oder dem subsaharischen Afrika“.¹¹² Die Ukraine war in die globale Peripherie abgerutscht – mit all den negativen politischen Begleiterscheinungen, die ein solcher Niedergang mit sich bringt.

Die Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen 2019 führte bereits früh der Schauspieler Wolodymyr Selenskyj an. Er hatte Berühmtheit durch die Serie ‚Diener des Volkes‘ erlangt, in welcher er einen einfachen Lehrer spielt, der zufällig Staatsoberhaupt der Ukraine wird. Die Sendung lief auf *1+1*, einem Fernsehsender, der damals schon mehrheitlich Kolomojskyj gehörte, und ging ein halbes Jahr nach der Abberufung des Dnjepropetrowsker Oligarchen vom Gouverneursposten auf Sendung. Im Verlauf des Wahlkampfes flog Selenskyj 14 Mal zu Beratungen mit Kolomojskyj nach Israel und in die Schweiz, *1+1* übernahm die Logistik und Sicherheit der Kampagne und Kolomojskyjs Rechtsanwalt diente als Selenskyjs Rechtsberater.¹¹³ Der Schauspieler kam nur durch die Protektion des Oligarchen dazu, echter Präsident zu werden. Trotz dieser Kontinuität beim Einfluss der Oligarch*innen setzte Selenskyj programmatisch neue Zeichen. Er sprach damals hauptsächlich Russisch, wandte sich gegen den Boykott russischer Künstler*innen, setzte sich für Referenden über mögliche ukrainische EU- und NATO-Mitgliedschaften ein und plädierte für direkte Gespräche mit Moskau zur Lösung der Donbass-Frage.¹¹⁴

Nach einem hochkuriosen Wahlkampf, in welchem die Fernsehfigur mit dem realen Politiker teilweise verschmolz, konnte Selenskyj beide Urnengänge gewinnen. Im Zuge des Wahlkampfes und kurz nach seiner Wahl war die Presseberichterstattung im Westen eindeutig: Die Ukraine „blickt nach Osten“¹¹⁵ und die Wahl Selenskyjs sei „Putins großer Ukraine-Sieg“¹¹⁶ (beide *Politico*) sowie der „TV-Präsident“ sei „gefährlich prorussisch“ (*Foreign Policy*).¹¹⁷ Die US-Wochenzeitung *Newsweek* veröffentlichte sogar eine Story, wonach gehackte E-Mails nahelegten, die russische Regierung setze auf Selenskyj.¹¹⁸

Der neu ins Amt gelangte Präsident wies kurzerhand an, das Parlament aufzulösen – seine Partei mit dem Namen der Fernsehserie hatte bis dahin noch keinen einzigen Sitz in der Rada, stand aber bei Umfragen zwischen 25 und 40 Prozent. Im Juli 2019 sagte Selenskyj die Militärparade zum Unabhängigkeitstag ab und zahlte die gesparten Auslagen direkt an die Soldat*innen aus.¹¹⁹ Neben den Friedens- und Entspannungssignalen bekannte sich Selenskyj zu den Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds.¹²⁰ Die Zeichen zeigten auf einen Weg zum Frieden bei gleichzeitiger Fortsetzung der wirtschaftsliberalen Maßnahmen.

Es blieb nicht nur bei Gesten der Entspannung gegenüber Russland: Im Herbst 2019 kam es zum ersten so genannten „Gefangenenaustausch“, bei dem unter anderem in der Rumpfukraine Gefangene entlassen wurden.¹²¹ Im Frühjahr 2020 reiste das erste Mal seit Be-

ginn des Bürgerkriegs im Donbass eine Delegation von Rada-Abgeordneten nach Moskau – unter der Führung von Oppositionsführer Medwetschuk. Russland und die Ukraine näherten sich politisch wieder an. Unter dem neuen Präsidenten bekannte sich die Ukraine in den Minsker Verhandlungen mit Vertreter*innen der Separatistenrepubliken das erste Mal zur „Steinmeier-Formel“, die Wahlen in der Donezker und Lugansker Volksrepublik unter Aufsicht der OSZE und eine Rückkehr in die Ukraine als autonome Gebiete vorsah.¹²² Solch eine Lösung setzte voraus, dass die Rada das Minsk-Abkommen zur Föderalisierung des Landes und eine Garantie der Autonomie für den Donbass umsetzte. Dagegen mobilisierten aber Veteran*innen, die extreme Rechte und die großen liberalkonservativen Parteien wie die Vaterlandspartei und Petro Poroschenkos Partei, die seit dem Frühjahr 2019 ‚Europäische Solidarität‘ heißt.

Für internationales Aufsehen sorgte ein Interview von Oligarch Kolomojskyj mit der *New York Times* im November 2019. Darin plädierte der Oligarch mit guten Kontakten zu Selenskyj für eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland. Die USA benützen den „Krieg gegen Russland [...] bis zum letzten Ukrainer“ nur, um Moskau zu schwächen. Kiew solle einen Kredit von Moskau annehmen und „in zehn Jahren sei das Blut vergessen“. Geld sei der „schnellste Weg“, um Probleme zu lösen. Der Westen, so Kolomojskyj, habe in der Ukraine versagt. Gegenüber der *NYT* erklärte er, dass er an einem Weg arbeite, den Bürgerkrieg im Donbass zu beenden. Er mache davon nichts öffentlich, da die USA es sonst „versauen“ („mess it up“) und sich diesem Vorhaben in den Weg stellen würden.¹²³ Der politisch zu dem Zeitpunkt einflussreichste Oligarch wandte sich von den USA ab und plädierte für eine Wiederannäherung an Russland.

Doch Selenskyj ging diesen Weg nicht und wandte sich stattdessen von Kolomojskyj ab: Aufgrund des

¹¹² *Ukraine on the Brink – An Interview with Volodymyr Ishchenko*, jacobinmag.com 27.01.2019. jacobin.com/2019/01/ukraine-maidan-protests-elections-volodymyr-ishchenko ¹¹³ Vijai Maheshwari: *The comedian and the oligarch*, politico.eu 17.04.2019. politico.eu/article/volodymyr-zelenskiy-ihor-kolomoisky-the-comedian-and-the-oligarch-ukraine-presidential-election/ ¹¹⁴ Vijai Maheshwari: *In presidential vote, Ukraine looks east*, politico.eu 28.03.2019. politico.eu/article/ukraine-presidential-vote-looks-east-vladimir-zelenskiy/ ¹¹⁵ Ebenda. ¹¹⁶ Matthew Karnitschnig: *Putin’s big Ukraine win*, politico.eu 19.04.2019. politico.eu/article/ukraine-presidential-vote-looks-east-vladimir-zelenskiy/ ¹¹⁷ Alexander J. Motyl: *Ukraine’s TV President Is Dangerously Pro-Russian*, foreignpolicy.com 01.04.2019. foreignpolicy.com/2019/04/01/ukraines-tv-president-is-dangerously-pro-russian/ ¹¹⁸ Cristina Maza: *Hacked Emails Appear to Reveal Russia Is Backing Comedian Likely to Be Ukraine’s Next President*, newsweek.com 17.04.2019. newsweek.com/ukraine-russia-president-election-volodymyr-zelenskiy-1399563 ¹¹⁹ Bermet Talant/Matthew Kupfer: *Zelensky cancels Independence Day military parade, gives money to soldiers*, kyivpost.com 09.07.2019. kyivpost.com/ukraine-politics/zelenskiy-cancels-independence-day-military-parade-gives-money-to-soldiers.html ¹²⁰ Kateryna Choursina: *Comedian Atop Ukraine Presidential Race Signals IMF Commitment*, bloomberg.com 28.02.2019. bloomberg.com/news/articles/2019-02-28/comedian-atop-ukraine-presidential-race-signals-imf-commitment#xj4y7vzkg ¹²¹ Vladimir Socor: *Russia Imposes Its Own Terms on Ukraine for Release of Prisoners (Part One)*, jamestown.org 10.09.2019. jamestown.org/program/russia-imposes-its-own-terms-on-ukraine-for-release-of-prisoners-part-one/ & Vladimir Socor: *Russia Imposes Its Own Terms on Ukraine for Release of Prisoners (Part Two)*, jamestown.org 12.09.2019. jamestown.org/program/russia-imposes-its-own-terms-on-ukraine-for-release-of-prisoners-part-two/ ¹²² Pavel Felgenhauer: *Moscow Thinks West Is Ready to Abandon Kyiv*, jamestown.org 03.10.2019. jamestown.org/program/moscow-thinks-west-is-ready-to-abandon-kyiv/ ¹²³ Anton Troianovski: *A Ukrainian Billionaire Fought Russia. Now He’s Ready to Embrace It*, nytimes.com 13.11.2019. nytimes.com/2019/11/13/world/europe/ukraine-ihor-kolomoisky-russia.html

Drucks durch den IWF wurde die vom Staat konfiszierte *Privatbank*, eines der wichtigsten Unternehmen des Dniproer Oligarchen (die Stadt heißt seit 2016 nicht mehr Dnjepropetrowsk), ihm nicht wieder zurückgegeben. Der neue Präsident distanzierte sich von seinem bis dahin wichtigsten Unterstützer und näherte sich anderen mächtigen Oligarchengruppen an. Dieses Rapprochement ging sogar so weit, dass – wie im September 2020 die *Ukrainska Prawda* berichtete – Achmetow monatlich Geld im Wert von zwei Millionen US-Dollar an die Partei ‚Diener des Volkes‘ spendete.¹²⁴

Als einschneidend für die Amtszeit des seit 2019 amtierenden Präsidenten stellte sich der Beginn der Covid-19-Pandemie heraus. Im Verlauf des ersten Pandemiejahres machte die von Selenskyj ernannte Regierung keine gute Figur. Ende März 2020 schlug der damalige Gesundheitsminister vor, dass kein Geld mehr für Menschen über 65 Jahre ausgeben werden sollte.¹²⁵ Kurz darauf musste er aufgrund öffentlichen Drucks von seinem Posten zurücktreten. Nachdem im August der russische Sputnik-Impfstoff vorgestellt wurde, flog Oppositionsführer Medwetschuk nach Moskau, ließ sich damit impfen und handelte mit dem russischen Präsidenten Putin einen Vertragsentwurf aus. Russland sollte demnach mehrere Millionen Dosen Sputnik-Impfstoff in die Ukraine liefern und ukrainische Labore sollten das Vakzin ohne Lizenzgebühren herstellen dürfen. Als Medwetschuk diesen Entwurf der Regierung in Kiew vorlegte, lehnte diese ab. In der ukrainischen Hauptstadt setzte man stattdessen auf die Versprechen westlicher Regierungen, mit Impfstof-

fen beliefert zu werden. Die zugesicherten Dosen wurden aber nur sehr schleppend geliefert. Die Impfkampagne in der Ukraine begann im Februar 2021, verlief aber anfangs äußerst langsam. Gleichzeitig erkannte die ukrainische Regierung den Sputnik-Impfstoff nicht als Vakzin gegen Corona an.¹²⁶

Neben dem Versagen in der Coronabekämpfung setzte sich auch der Abstieg der Ukraine zu einem Agrarland fort. Da der IWF zur Bedingung für weitere Kredite gemacht hatte, das Verbot des Verkaufs von Grund und Boden aufzuheben, verabschiedete die Rada im Frühjahr 2020 ein Gesetz zur Landprivatisierung.¹²⁷ Selenskyj konnte im Gegensatz zu seinem Vorgänger Poroschenko dem IWF-Druck nicht widerstehen.¹²⁸ Aufgrund des Einflusses des IWFs öffnete sich das Land immer weiter multinationalen Agro-Konzernen.

Die Korruptionsbekämpfung und der Friedensprozess mit den Donbass-Republiken stockte, in der Coronapandemie versagte die Regierung in Kiew und der wirtschaftliche Ausverkauf des Landes ging weiter. Vor diesem Hintergrund stieg die ‚Oppositionsplattform – Für das Leben‘ in den Umfragen im Verlauf des Jahres 2020 zur stärksten politischen Kraft im Land auf. Darüber hinaus gewann die Partei des libertären und EU-kritischen Bloggers Anatolij Scharij, genannt ‚Partei Scharij‘, an Popularität. Neben den altbackenen OPzTsch-Vertreter*innen genoss fortan eine Partei eines jungen Politikers immer größere Beliebtheit, die ihren Rückhalt in urbanen und studierten Kreisen hatte.¹²⁹ Nach nur anderthalb Jahren stand Selenskyj innenpolitisch mit dem Rücken zu Wand.

¹²⁴ Ахметов «подкармливает» Офис президента и «Слугу народа» – источник, pravda.com.ua 23.09.2020. pravda.com.ua/rus/news/2020/09/23/7267352/
¹²⁵ Нужно выделять деньги на еще живых людей моложе 65, а не на трупы, – Емец, ВИДЕО, censor.net 26.03.2020. censor.net/ru/news/3184427/nujno_vydelyat_dengi_na_esche_jivyh_lyudeyi_moloje_65_a_ne_na_trupy_emets_video
¹²⁶ Ukraine says Russia's Sputnik vaccine is not enough to enter country, reuters.com 10.06.2021. reuters.com/world/europe/ukraine-says-russias-sputnik-vaccine-is-not-enough-enter-country-2021-06-10/
¹²⁷ Slawomir Matuszak: The moratorium on the sale of agricultural land is lifted in Ukraine, osw.waw.pl/en/01.04.2020. osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2020-04-01/moratorium-sale-agricultural-land-lifted-ukraine
¹²⁸ Ishchenko: Towards The Abyss.
¹²⁹ Mykola Vorobiov: Pro-Russian Blogger Anatolij Shariy Rises to National Level in Ukrainian Politics, jamestown.org 04.08.2020. jamestown.org/program/pro-russian-blogger-anatolij-shariy-rises-to-national-level-in-ukrainian-politics/

KRISE

Infolgedessen wandte sich Selenskyj im Frühjahr 2021 dem Autoritarismus und Nationalismus zu. Der Präsident stärkte die Präsidialverwaltung auf Kosten von Kabinett und Parlament – ständige Rochaden bei den Ministerämtern steigerten die Abhängigkeit der Politiker*innen von ihm.¹³⁰ Ohne Gerichtsbeschluss stellte der dem Staatsoberhaupt untergeordnete Nationale Sicherheitsrat den Oppositionsführer Medwetschuk unter Hausarrest. Ebenso gab es Sanktionen gegen Medwetschuks Vertrauten Taras Kozak, dessen TV-Sender – einige der wichtigsten Oppositionsmedien – abgeschaltet wurden.¹³¹ Die US-Botschaft in Kiew unterstützte diese Maßnahmen. Der russische Präsident wiederum bezeichnete sie als „offensichtliche Säuberung des politischen Feldes“.¹³² Als Reaktion auf die Sanktionen zog die russische Armee erstmals Truppen entlang der ukrainischen Grenze zusammen.¹³³

„WIR UNTERSTÜTZEN DIE BEMÜHUNGEN DER UKRAINE, IHRE SOUVERÄNITÄT UND TERRITORIALE INTEGRITÄT DURCH SANKTIONEN ZU SCHÜTZEN. MEDWEDTSCHUK STEHT SEIT 2014 UNTER US-SANKTIONEN, WEIL ER DIE SICHERHEIT, DIE TERRITORIALE INTEGRITÄT UND DIE DEMOKRATISCHEN INSTITUTIONEN DER UKRAINE UNTERGRABEN HAT.“

US-BOTSCHAFT KIEW, 20.2.2021

Die Entwicklungen innerhalb der Ukraine und das Vorgehen Moskaus hingen eng miteinander zusammen. Von November 2021 bis Januar 2022 gab es immer wieder Meldungen, dass eine Anti-Selenskyj-Koalition die Regierung in Kiew übernehmen könnte. Zunächst informierten US-Geheimdienste die ukrainische Regierung, dass sie einen „internen Destabilisierungsversuch“ erwarteten, der damit enden sollte, dass eine mit Achmetow alliierte Regierung ins Amt käme.¹³⁴ Zwei Monate später meldete das britische Außenministerium, dass London Informationen vorläge, wonach Jewgeni Murajew von der Kleinpartei ‚Naschi‘ (nicht zu verwechseln mit ‚Nasch Krai‘) als neues ukrainisches Staatsoberhaupt eingesetzt werden sollte.¹³⁵ Expert*innen zeigten sich darüber äußerst verwundert, da Murajew dem „Kreml nicht besonders nahe“ stünde – „vor allem im Vergleich zu Medwetschuk“.¹³⁶ Was

sich aus Washington und London wie eine Einmischung von außen darstellte, könnte auch eine interne Entwicklung gewesen sein: Ende des Jahres 2021 gelang es Achmetow, zunehmend Alliierte im politischen System zu gewinnen. Innenminister Arsen Awakow verlor im Sommer seinen Posten und Parlamentssprecher Dmytro Rasumkow – der Spitzenkandidat von ‚Diener des Volkes‘ – im Oktober. Beide näherten sich daraufhin Achmetow an. Ein Regierungswechsel hin zu einer neutralistischen Regierung schien auf einmal möglich. Selenskyj reagierte mit weiteren autoritären Schritten: Zwischen Ende 2021 und Anfang 2022 verbot die Regierung mehrere oppositionelle Medien, darunter strana.ua und den Blog von Scharij.¹³⁷

Im Verlauf des Jahres 2021 sorgten Manöver und Truppenbewegungen der russischen Armee in Russland und Belarus für immer aufregendere Diskussionen im Westen über einen drohenden Angriff auf die Ukraine. Vermutlich versuchte die russische Regierung durch eine Art „Diplomatie des Zwangs“, die Regierung in Kiew wieder an den Verhandlungstisch mit den Separatist*innen zu bewegen.¹³⁸ An der Frontlinie im Donbass kollabierte im Verlauf des Jahres der Waffenstillstand und es kam zu immer größeren Gefechten. Doch noch Anfang Februar 2022 zeigten sich die Geheimdienste der Ukraine und Deutschlands überzeugt, dass Russland das osteuropäische Land nicht angreife.¹³⁹ Am 24. Februar befand sich sogar der Präsident des Bundesnachrichtendienstes in Kiew.¹⁴⁰

Bis zu jenem Tag im Februar 2022 hatte die ukrainische Regierung nicht die Verpflichtungen aus dem Minsker Friedensabkommen erfüllt. Das lag unter anderem an dem Druck durch Nationalist*innen im eigenen Land – für sie bedeutete die Umsetzung der Abmachungen von Minsk die Anerkennung des multikulturellen Charakters des Landes, die es aus ihrer Sicht zu verhindern galt.¹⁴¹ Aus den Reihen der gewaltbereiten Rechten wurde immer wieder ein „dritter Mai-

¹³⁰ André Härtel: *Die Ukraine unter Präsident Selenskyj*, SWP-Aktuell, Nr. 9, Februar 2022. ¹³¹ Ukraine: *Zelenskiy bans three opposition TV stations*, dw.com 03.02.2021. dw.com/en/ukraine-zelenskiy-bans-three-opposition-tv-stations/a-56438505 ¹³² Shuster: *The Untold Story of the Ukraine Crisis*. ¹³³ Ishchenko: *Towards The Abyss*. ¹³⁴ Lily Hyde: *Ukraine's president alleges coup attempt involving country's richest man*, politico.eu 27.11.2021. politico.eu/article/ukraine-zelenskiy-coup-akhmetov-russia/ ¹³⁵ Emma Graham-Harrison/Luke Harding/Andrew Roth: *Confusion over UK claim that Putin plans coup in Ukraine*, theguardian.com 22.01.2022. theguardian.com/world/2022/jan/22/confusion-over-uk-claim-that-putin-plans-coup-in-ukraine ¹³⁶ Natalia Zinets: *Explainer: Who is Yevhen Murayev? What are his political views?*, reuters.com 23.01.2022. reuters.com/world/who-is-yevhen-murayev-named-by-britain-kremlins-pick-lead-ukraine-2022-01-23/ ¹³⁷ Ishchenko: *Towards The Abyss*. ¹³⁸ Ebenda. ¹³⁹ Greg Miller/Catherine Belton: *Russia's spies misread Ukraine and misled Kremlin as war loomed*, washingtonpost.com 19.08.2022. washingtonpost.com/world/interactive/2022/russia-fsb-intelligence-ukraine-war/?tid=sf_world_ukraine-russia_dont-miss ¹⁴⁰ BND-Präsident Kahl in Ukraine von russischem Angriff überrascht, spiegel.de 25.02.2022. spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krieg-bnd-praesident-bruno-kahl-mit-schutzkonvoi-ausser-landes-gebracht-a-a521d635-8c33-4572-84c6-1d0af450c9e2 ¹⁴¹ Marcetic: *A Ukrainian Sociologist Explains Why Everything You Know About Ukraine Is Probably Wrong*. ¹⁴² David Broder: *Escalation in the Donbas Risks a Disastrous War – An Interview with Gerard Toal*, jacobin.com 22.02.2022. jacobin.com/2022/02/donbas-escalation-putin-russia-ukraine-war-sanctions-humanitarian-protection

dan“ angedroht.¹⁴² Aufgrund des Drucks von rechts knickte Selenskyj ein und forcierte eine friedliche Beendigung des Bürgerkrieges im Donbass nicht.

Militärisch verfügte die Ukraine über immer größere Ressourcen, um jenen Bürgerkrieg mit Gewalt zu lösen. Von 2014 bis zum Jahr 2021 stieg der ukrainische Rüstungshaushalt um sage und schreibe 72 Prozent an – 2021 betrug die ukrainischen Ausgaben für das Militär circa 3,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.¹⁴³ Eine militärische Lösung schien für Kiew realistischer als ein wie auch immer gearteter Ausgleich auf dem Verhandlungsweg.

Im Donbass selbst interessierten sich die Bewohner*innen immer weniger für den zukünftigen Status der Region: Sowohl in den Donezker und Lugansker Volksrepubliken als auch in den von der Kiewer Regierung kontrollierten Gebieten sagte eine Mehrheit der Menschen sogar, dass es ihnen gleichgültig sei, ob sie in der Ukraine oder in Russland lebten – sie interessierten sich vor allem dafür, ein Einkommen zum Überleben zu haben.¹⁴⁴ Eine nachvollziehbare Haltung in einem Land des dauerhaften wirtschaftlichen Niedergangs.

¹⁴³ *World military expenditure passes \$2 trillion for first time*, sipri.org 25.04.2022. sipri.org/media/press-release/2022/world-military-expenditure-passes-2-trillion-for-first-time ¹⁴⁴ John O'Loughlin/Gwendolyn Sasse/Gerard Toal: *Will Russia recognize the independence of two eastern Ukraine republics? Here's what people there think.*, washingtonpost.com 17.02.2022. washingtonpost.com/politics/2022/02/17/russia-wants-recognize-independence-two-eastern-ukraine-republics-what-do-people-there-think/

DAS VERHÄLTNIS DER GROSSMÄCHTE ZUEINANDER UND DIE ROLLE DER UKRAINE

Nach dem Fall der Mauer Ende 1989 begann die langsame Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO). Um einen Beitritt der DDR zur BRD der politischen Führung in Moskau genehm zu machen, sagte der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing am 31. Januar 1990: „Egal, was mit dem Warschauer Pakt passiert, eine NATO-Erweiterung in Territorien des Ostens – oder mit anderen Worten: näher an die Grenze der Sowjetunion – wird nicht passieren“.¹⁴⁵ Die so genannte Tutzing-Formel spielte fortan eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen über den DDR-Beitritt zur BRD.

Wenige Tage nach Genscher schloss sich der NATO-Generalsekretär Wörner der Tutzing-Formel an und schlug einen „speziellen militärischen Status“ für das DDR-Gebiet vor.¹⁴⁶ US-Präsident George H. W. Bush schloss sich in einem Schreiben an den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ebenfalls dieser Position an.¹⁴⁷ US-Außenminister James Baker formulierte in einem direkten Gespräch mit Gorbatschow, dass die NATO sich „keinen Zoll“ nach Osten ausdehnen würde, woraufhin Gorbatschow bekräftigte, dass eine „NATO-Expansion inakzeptabel“ sei.¹⁴⁸ Diese Zusage gaben Baker und Genscher im Februar 1990 auch in aller Öffentlichkeit, als sie bei einer Pressekonferenz unterstrichen, „dass sie darin vollkommen übereinstimmten, dass es keine Absicht gibt, die NATO [...] nach Osten auszudehnen“.¹⁴⁹ Genscher sagte bei einem Treffen mit dem britischen Außenminister, dass „die Russen eine Zusicherung [bräuchten], dass wenn die polnische Regierung aus dem Warschauer Pakt austritt, sie nicht den nächsten Tag der NATO beitrifft“.¹⁵⁰ Die seinerzeit öffentlich und intern getätigten Äußerungen sprachen eine eindeutige Sprache.

Die Tutzing-Formel fand dann auch Eingang in den 2+4-Vertrag:

Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte [...] können in [der früheren DDR und den Gebieten des Sonderterritoriums Berlin] auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden [...]. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.¹⁵¹

Mit dem Beitritt der DDR-Gebiete und Westberlins entstand somit eine Pufferzone zwischen der NATO und der WVO. Letzterer Militärblock hörte jedoch am 1. Juli 1991 auf zu existieren.¹⁵² Bereits im Verlauf der Entwicklungen 1990/1991 strebten die Neokonservativen innerhalb der Regierung Bush jedoch eine mögliche NATO-Ausdehnung auch gegen die Zusagen von Außenminister und Präsident an. Der damalige US-Verteidigungsminister Richard Cheney besprach diese

Möglichkeit im Juli 1990 auf dem Londoner NATO-Gipfel.¹⁵³ Langfristig setzten sich die Neocons mit ihrer Politik durch.

Als Anfang 1994 aus dem „North Atlantic Cooperation Council“ der NATO die „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) hervorging, gab es noch weitere Versprechen der US-amerikanischen Staatsspitze gegenüber Moskau über eine Nichtausdehnung der NATO. Im Vorlauf der PfP ließ US-Präsident William Clinton den damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin in dem Glauben, dass die Etablierung der PfP eine Alternative zur NATO darstelle.¹⁵⁴ Nach Bush machte auch Clinton Zusagen an Moskau, dass sich die NATO nicht nach Ostmittel- und Osteuropa ausdehnen würde.

Nach internen Debatten innerhalb der Clinton-Regierung, in denen die Dominanz der NATO in sicherheitspolitischen Fragen Europas im Mittelpunkt stand, rückte der US-Präsident von seinen Zusagen und denen seines Vorgängers gegenüber Moskau ab. In der Innenpolitik stand seine Regierung für eine weitere Abwendung von den Traditionen des ‚New Deal‘ und setzte stattdessen auf eine liberalkonservative Politik jenseits von sozialdemokratischen Reformideen.¹⁵⁵ Ähnlich lief es in der Außenpolitik: Dort verabschiedete sich die US-Regierung vom Konsens der Abrüstung und Entspannung der ersten Hälfte der 1990er Jahre und näherte sich den Positionen der Neocons an. Im Januar 1995 hielt Clinton eine Rede, wonach eine NATO-Expansion „unausweichlich“ sei.¹⁵⁶ Einwänden von Boris Jelzin, dass eine Ausdehnung des westlichen Militärblocks dem „Geist des 2+4-Vertrages“ widerspräche, wurden dabei ignoriert.¹⁵⁷

Außenpolitisch ging die Clinton-Regierung in die Offensive, und US-Stiftungen unterstützten Regierungsumstürze in den vormalig realsozialistischen Staaten. Eine Reihe von Regime-Change-Operationen begann 1996 in der Mongolei¹⁵⁸ und zog sich bis zum Jahr 2005 in der Ukraine hin. Am Ende der Amtszeit Clintons

¹⁴⁵ Zurückübersetzt aus dem Englischen in: Mary Elise Sarotte: *Not One Inch Eastward? Bush, Baker, Kohl, Genscher, Gorbachev, and the Origin of Russian Resentment toward NATO Enlargement in February 1990*, in: *Diplomatic History*, Jg. 34 (2010), Nr. 1, S. 119–140 (hier: S. 122). ¹⁴⁶ Ebenda, S. 133. ¹⁴⁷ Ebenda, S. 134. ¹⁴⁸ *NATO Expansion: What Gorbachev Heard*, nsarchive.gwu.edu 12.12.2017. nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early ¹⁴⁹ Sarotte: *Not One Inch Eastward?*, S. 123. ¹⁵⁰ *NATO Expansion: What Gorbachev Heard*. ¹⁵¹ Zitiert in: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, Artikel 5, Absatz 3. ¹⁵² Der Taschkenter Vertrag zur Schaffung des Vertrags für kollektive Sicherheit schuf dann am 15. Mai 1992 eine De-facto-Nachfolgeorganisation. ¹⁵³ Joshua R. Itzkowitz Shiffrin: *Eastbound and down: The United States, NATO enlargement, and suppressing the Soviet and Western European alternatives, 1990–1992*, in: *Journal of Strategic Studies*, Jg. 43 (2020), Nr. 6/7, S. 816–846 (hier: S. 824). ¹⁵⁴ *NATO Expansion: What Yeltsin Heard*, nsarchive.gwu.edu 16.03.2018. nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansion-what-yeltsin-heard ¹⁵⁵ Lily Geismer: *Don't Blame Us: Suburban Liberals and the Transformation of the Democratic Party*, Princeton (NJ)/Oxford 2015. ¹⁵⁶ Sarotte: *How to Enlarge NATO: The Debate inside the Clinton Administration, 1993–95*, S. 37. ¹⁵⁷ Ebenda, S. 18. ¹⁵⁸ Branko Marcetic: *How Washington Hacked Mongolia's Democracy*, jacobinmag.com 29.11.2017. jacobin.com/2017/11/mongolia-elections-mccain-international-republican-institute

bombardierte die NATO völkerrechtswidrig zudem Jugoslawien und spaltete die ressourcenreiche Provinz Kosovo ab. Parallel dazu baute die US-Regierung die Raketenabwehr aus. 1998 ging das Globus-2-Radar in Vardø in Nordnorwegen in Betrieb.¹⁵⁹ Offiziell dient es der Beobachtung von Weltraumschrott, wofür jedoch ein Ort nahe des Äquators sich besser geeignet hätte. Deswegen gingen Militärexpert*innen davon aus, dass das Radar von *Raytheon* – dem Hersteller der anderen US-Raketenabwehrradare – der Beobachtung von russischen Interkontinentalraketen diene.¹⁶⁰

Trotz des Ausschlerens der USA aus dem Abrüstungs- und Entspannungskonsens eröffnete sich mit der Amtsübernahme von Wladimir Putin ein neues Fenster, zur Entspannungspolitik der frühen 1990er Jahre zurückzukehren. Im Jahr 1999 sagte die russische Regierung zu, ihre Truppen aus Georgien und der Republik Moldau abzuziehen, 2000 ratifizierte die Duma den Kernwaffenteststopp-Vertrag und den AKSE-Vertrag, welcher als Nachfolger des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) die neue militärische Realität infolge der NATO-Beitritte Polens, Ungarns und Tschechiens vertraglich absichern sollte. Im Zuge des „großen Rückzugs“ zog die russische Armee von 2001 bis 2003 aus allen Stützpunkten und Einsätzen jenseits des GUS-Raums ab.

Im Westen ging man auf diese Entspannungsoffer nicht ein. Im Zuge des ‚Krieges gegen Terror‘ stiegen die Rüstungshaushalte im Westen fortan kontinuierlich an – allein der deutsche Verteidigungsetat verdoppelte sich nominal von 2001 bis 2021. Die US-Regierung stieg 2002 aus dem ABM-Vertrag aus und die NATO-Länder ratifizierten den AKSE-Vertrag nicht. NATO-Vertreter*innen hatten einseitig auf einem Gipfel in Florenz beschlossen, dass die westlichen Staaten den AKSE-Vertrag erst ratifizierten, wenn die russischen Truppen aus Georgien und der Republik Moldau abzögen – eine Vorbedingung, die es in den Dokumenten in Istanbul nicht gab.¹⁶¹ Indem der Rat der EU im September 2004 das erste Mal Sanktionen gegen Belarus beschloss, zeigte die britische Regierung – das Land gehörte damals zur EU – dass sie kein Interesse mehr an den Budapester Memoranden hatte, die solche wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen hatten.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise und der Amtsübernahme von Dmitri Medwedew im Mai 2008 begann eine kurze Phase der Entspannung. Mit dem russischen Vorschlag für einen ‚Vertrag für Sicherheit in Europa‘ präsentierte Medwedew im Juni 2008 in Berlin einen Vertragsentwurf, der langfristig die OSZE hätte ablösen und die NATO sowie die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) perspektivisch hätte überflüssig machen können.¹⁶² Seitens der NATO wurde dieser Vorschlag ignoriert. Auch der georgische Überfall auf die abtrünnige Region Südossetien, die zu einem russischen Eingreifen führte, beendete die Phase der Entspannung nicht. Da offensichtlich war, dass die russische Armee auf einen Einmarsch georgischer Trup-

pen reagiert hatte¹⁶³, deutete nur eine verschwindend kleine Minderheit von Neocons und Hardliner*innen die Militäraktion als russisches Expansionsstreben.¹⁶⁴

Bei den Entspannungsmassnahmen half, dass die deutsche Außenpolitik im Schatten der Weltwirtschaftskrise und beginnenden Krise des Neoliberalismus zunehmend eigenständiger agierte. Im Koalitionsvertrag der zweiten Regierung von Angela Merkel verankerte die FDP die Forderung über den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Im Zuge der verstärkten deutschen Eigenständigkeit errangen in der ost- und südosteuropäischen Peripherie zunehmend deutschfreundliche Politiker*innen mehr Einfluss. 2009 wurde Bojko Borissow mit seiner von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung aufgebauten GERB-Partei das erste Mal Premier Bulgariens,¹⁶⁵ 2010 etablierte Witali Klitschko die UDAR-Partei mit Starhilfe von CDU und Konrad-Adenauer-Stiftung und 2009 gab es das erste Mal Gerüchte über einen möglichen Aufstieg des lange von der offiziellen deutschen Außenpolitik protegierten Klaus Iohannis zum Premier Rumäniens.¹⁶⁶ Nach den Wahlen 2012 zog UDAR als drittstärkste Kraft in die Rada ein. Mit den Deutschen assoziierte Politiker*innen erlebten einen Aufschwung und der US-Einfluss schwand.

Als Höhepunkt der deutschen Eigenständigkeit und der Entspannungspolitik in Europa in den vergangenen 20 Jahren unterzeichneten Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Medwedew im Sommer 2010 das Meseberg-Memorandum, welches den Aufbau einer gemeinsamen ‚Sicherheitsarchitektur‘ der EU und Russlands vorsah. Als Testlauf für ein neues ‚Europäisch-Russisches politisches und sicherheitspolitisches Komitee‘ sollten „die EU und Russland insbesondere auf eine Lösung des Transnistrienkonflikts (...) hinarbeiten“, hieß es darin. All dies „an der NATO und den USA vorbei“, wie es Neocons kritisierten.¹⁶⁷ Die russische Regierung unterstützte dafür eine Demokratisierung der von der Republik Moldau abtrünnigen Republik. Doch die US-Regierung mobilisierte Sympathisant*innen in den Reihen der Regierungen Litauens, Polens, Rumäniens und Großbritanniens und half dabei, die Etablierung einer ‚Sicherheitsarchitektur‘ EU–Russland zu verhindern.¹⁶⁸

¹⁵⁹ Theodore Postol/Anatoli Diakov: *Antimissile Front In The Northern Norway*, armscontrol.ru 20.02.2000. armscontrol.ru/start/publications/adtp0225.htm
¹⁶⁰ Martin Senn/Gerhard Mangott: *Dem Bären auf die Klauen (sch)hauen – Die US-Raketenabwehr und Russland*, in: *WeltTrends*, Jg. 15 (2007), Nr. 56, S. 125–139 (hier S. 131).
¹⁶¹ Otfried Nassauer: *Das Ende der Abrüstung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 52 (2007), Nr. 6, S. 645–647.
¹⁶² Andrei Zagorski: *Der russische Vorschlag für einen Vertrag über europäische Sicherheit: von der Medwedew-Initiative zum Korfu-Prozess*, in: *OSZE-Jahrbuch 2009*, Baden-Baden 2010, S. 49–67.
¹⁶³ Gregor Kritidis: *Der Krieg im Kaukasus und das Ende außenpolitischer Illusionen*, in: *Sozialistische Positionen* 12/2008. sopus.org/aufsaetze/4935d82eb44ec/1.phtml.html
¹⁶⁴ Heutzutage ist diese Einsicht nicht mehr so offensichtlich. Siehe z. B.: Frank Capellan: *Lars Klingbeil (SPD) – Gaspreisbremse reicht so noch nicht*, deutschlandfunk.de 23.10.2022. deutschlandfunk.de/interview-der-woche-lars-klingbeil-spd-100.html
¹⁶⁵ Georgi Medarow: *Wie deutsche Konservative Bulgariens korrupte Regierung aufgebaut haben*, jacobin.de 04.01.2021. jacobin.de/artikel/deutsche-konservative-bulgarien-borissow-csu-cdu-hanns-seidel-stiftung/
¹⁶⁶ 2014 wurde er dann zum Präsident des südosteuropäischen Landes gewählt.
¹⁶⁷ Vladimir Socor: *German Diplomacy Tilts Toward Russia On Transnistria Negotiations*, jamestown.org 06.06.2011. jamestown.org/program/german-diplomacy-tilts-toward-russia-on-transnistria-negotiations/
¹⁶⁸ *Ein Testlauf für Eurasien (II)*, german-foreign-policy.com, 22.03.2012. german-foreign-policy.com/news/detail/5539/

Die Eigenständigkeit der deutschen Regierung ließ im Umfeld der Bundestagswahl 2013 nach. Atlantiker*innen – darunter der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt – mobilisierten im Vorfeld des Urnengangs und publizierten das gemeinsame Papier ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘. Demnach sollte die Bundesrepublik mehr „Führung“ in der Weltpolitik übernehmen¹⁶⁹ – aber nicht in Abgrenzung zu USA und NATO wie sich in Meseberg gezeigt hatte, sondern im Tandem mit Washington. Im November 2013 unterzeichneten Koalitionsvertrag der dritten Merkel-Regierung fand sich die Forderung nach dem Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland nicht mehr.

Mit der Eskalation der Ukraine-Krise durch den Putsch in Kiew, die russische Übernahme der Krim und den Bürgerkrieg im Donbass tat sich eine Kluft zwischen den westeuropäischen Staaten und Russland auf. Durch Sanktionen des Westens und Gegensanktionen entfremdeten sich beide Seiten zunehmend. Die Sanktionen lösten in Russland eine Wirtschaftskrise aus und ließen ab 2016 die Ökonomie stagnieren. Die mit der Russischen Föderation eng verflochtene Volkswirtschaften in der Anfang 2015 etablierten Eurasischen Wirtschaftsunion kriselten ebenso.

Die Abrüstungs- und Entspannungsiniciativen aus Russland endeten ebenso mit dem Beginn der Ukraine-Krise. Bis 2014 hatten die Gremien der OVKS versucht, einen Dialog mit der NATO zu etablieren. Die NATO-Repräsentant*innen ging darauf jedoch nicht ein. Seitens der OVKS wurden diese Bemühungen dann endgültig eingestellt.¹⁷⁰ Ohne einen Dialog zwischen den Militärblöcken in Ost- und Westeuropa gab es dementsprechend auch keinerlei Zusagen der NATO-Staaten gegenüber den OVKS-Staaten.

Trotz der zunehmenden Entfremdung und dem Ende von Dialogvorschlägen forcierte die US-Regierung unter Barack Obama jedoch keinen Stellvertreterkrieg in der Ukraine. Wie gehackte E-Mails zeigten, versuchte der damalige Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa, Philip M. Breedlove, die Russland-Politik der Obama-Regierung zu hintertreiben. Breedlove wollte gemeinsam mit Ex-US-Außenminister Colin Powell den Kurs gegenüber Russland verschärfen. Um eine Eskalation zu vermeiden lehnte Obama ein konfrontatives Vorgehen jedoch ab.¹⁷¹

Die ausbleibende Eskalation führte aber nicht zu einer Wiederannäherung – unter anderem wegen der Wirtschaftssanktionen. Diese führen selten zu den proklamierten Zielen, sondern sorgen zumeist nur für eine zusätzliche Entfremdung der Konfliktparteien.¹⁷² So auch im Falle Deutschland–Russland: Seit dem Jahr 2018 berief sich keine deutsche Außenminister*in mehr auf die Ostpolitik,¹⁷³ die Übernahme des Außenministeriums durch Heiko Maas stellt insofern eine oft übersehene Zäsur dar.

Den finalen Todesstoß für die Sicherheitsordnung in Europa markierte jedoch der Amtsantritt Trumps in den USA. Als Anti-Establishment-Kandidat in den Vorwahlen der Republikanischen Partei gestartet, umgab

sich der Rechtsradikale im Weißen Haus mit vielen Neokonservativen, allen voran John R. Bolton, der ab April 2018 als Nationaler Sicherheitsberater amtierte. Sechs Monate später kündigte Trump an, dass sich die USA aus dem Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag (INF-Vertrag) zurückzögen. Kurz zuvor hatte die NATO-Botschafterin der USA für Präventivschläge gegen russische Waffen, die angeblich gegen den INF-Vertrag verstießen, plädiert.¹⁷⁴ Zwei Jahre später kündigte der US-Präsident außerdem den Vertrag über den Offenen Himmel („Open Skies“), welcher als vertrauensbildende Maßnahme vorsah, dass die Militärs der OSZE-Staaten militärische Flüge über anderen Mitgliedsstaaten der OSZE durchführten. Die deutsche Regierung – in europäischen Sicherheitsfragen und dem Verhältnis zu Russland immer weniger ohne eigene Akzente – legte keine Alternativentwürfe vor, wie die europäischen Staaten ohne die USA die INF- und Open-Skies-Regime weiterführen könnten.

Infolge des Schocks durch den Wahlsieg Trumps entstand innerhalb der Demokratischen Partei der USA ein Diskurs, der sich immer weiter von der politischen Realität im post-sowjetischen Raum abkoppelte. So galt die Arbeit des republikanischen Beraters Paul Manafort für die Partei der Regionen und den Oppositionsblock im US-Diskurs groteskerweise als Teil einer Verbindung nach Russland. Manafort half aber Janukowitsch bei seiner Politik, Ost und West gegeneinander auszuspielen und plädierte als überzeugter US-Konservativer dafür, dass die ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen sollte.¹⁷⁵ Die Falken in und um die Demokratische Partei der USA interessierten diese Details nicht. Über die USA verbreiteten sich Zerrbilder über die osteuropäischen Entwicklungen auch immer weiter in Westeuropa. So wurde im Westen allgemein der Kiewer Putsch des Jahres 2014 zunehmend als „Revolution der Würde“ verklärt. Über Osteuropa – in den deutschen Medien meist kaum präsent – pflegte man auch in Deutschland immer mehr Illusionen.

Obwohl die russische Armee ihre erste Truppenkonzentration wieder auflöste – infolge der Festsetzung von Oppositionsführer Medwetschuk im Frühjahr 2021 hatte sie Truppen an der ukrainischen Grenze zusammengezogen – entspannte sich die Lage nicht dauerhaft. Immer wieder kam es zu russischen Manövern nahe dem Nachbarland. Die Biden-Regierung legte in

¹⁶⁹ *Die Neuvermessung der deutschen Weltpolitik*, german-foreign-policy.com, 25.10.2013. german-foreign-policy.com/news/detail/6099 ¹⁷⁰ *CSTO suspends dialogue with NATO*, neweurope.eu 10.11.2014. neweurope.eu/article/csto-suspends-dialogue-nato/ ¹⁷¹ Lee Fang/Zaid Jilani: *Hacked Emails Reveal Nato General Plotting Against Obama on Russia Policy*, theintercept.com 01.07.2016. theintercept.com/2016/07/01/nato-general-emails/ ¹⁷² Julia Eder: *Wir meinen es (nicht) gut! – Wirtschaftssanktionen und ihre Folgen*, zeitschrift-luxemburg.de 02/2021. zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-meinen-es-gut/ ¹⁷³ Daniel Friedrich Sturm: *SPD-Politiker wittern Verrat an Willy Brandts Erbe*, welt.de 28.05.2018. welt.de/politik/deutschland/article176729775/Maas-in-der-Kritik-SPD-Politiker-wittern-Verrat-an-Willy-Brandts-Erbe.html ¹⁷⁴ Robin Emmott: *U.S. would destroy banned Russian warheads if necessary: NATO envoy*, reuters.com 02.10.2018. reuters.com/article/us-usa-nuclear-russia-idUSKCN1MC1J6 ¹⁷⁵ Sean Guillory: *Demokratiya, USA*, jacobin.com 13.03.2017. jacobin.com/2017/03/russia-us-clinton-boris-yeltsin-elections-interference-trump

der Außenpolitik keinen Schwerpunkt auf Russland, aber das bedeutete nicht, dass auf russische Bedenken stärker eingegangen wurde. Innerhalb der Administration übernahmen Hardliner*innen wichtige Posten in Europafragen. Victoria Nuland, von der man hätte annehmen können, dass sie nach ihrer Rolle im Putsch 2014 zu einer „persona non grata“ in Europa geworden wäre, machte nach ihrer Zeit in der Obama-Regierung einen Karrieresprung und bekleidete ab dem Mai 2021 den vierthöchsten Posten im US-Außenministerium. Neocons wie sie hatten sich derweil in der Frage des Verhältnisses zu Russland immer weiter radikalisiert. 2017 plädierten Autoren einer Studie der *RAND Corporation* dafür, die Ukraine mit einer größeren Zahl schwerer Waffen zu beliefern, um die „Kosten für Russland – in Blut und Geld“ im Donbass zu erhöhen.¹⁷⁶ Im *Atlantic Council* wurden die Stimmer immer lauter, einen konfrontativeren Kurs gegenüber Russland einzuschlagen. Anfang Februar 2022 beschloss der US-Senat ein Gesetz, welches zum Ziel hatte, die Ukraine mit Waffen zu „fluten“, wie es in Kommentaren hieß.¹⁷⁷

Nachdem Präsident Trump den INF-Vertrag gekündigt hatte, stellte die US-Armee in Europa das 56th Artillery Command in Wiesbaden wieder auf. Dieser

Großverband der United States Army hatte seit der Umsetzung des INF-Vertrages 1991 nicht mehr existiert. Nach der Trump-Kündigung des Vertrages erklärte die russische Regierung, keine Kurzstreckenwaffen in Europa zu stationieren, solange die USA nicht zuvor einen solchen Schritt unternehmen würden.¹⁷⁸ Die US-Regierung re-etablierte trotzdem erst einmal das 56th Artillery Command, das seit dem NATO-Doppelbeschluss mit Pershing-Raketen ausgestattet war. Von der Biden-Regierung gab es keine Offerten für Abrüstung und Entspannung in den Jahren 2020 und 2021. Ende Januar 2022 schlug die Biden-Regierung lediglich vor, zu einigen vertrauensbildenden Maßnahmen in Osteuropa bereit zu sein – anscheinend zu wenig für die russische politische und militärische Führung.¹⁷⁹

Während US-amerikanische und britische Vertreter*innen im Verlauf des Jahres 2021 ständig verlautbarten, Russland wolle die Ukraine angreifen, zeigten Repräsentant*innen der NATO vor dem 24. Februar 2022 keine Bereitschaft, mit Abgesandten Russlands über die weitere NATO-Erweiterung in den post-sowjetischen Raum zu diskutieren.¹⁸⁰ Selbst zur Verhinderung eines Krieges war man seitens des Nordatlantikpakts nicht bereit, von möglichen Osterweiterungen abzurücken.

¹⁷⁶ James Dobbins/Raphael S. Cohen/Nathan Chandler/Bryan Frederick/Edward Geist/Paul DeLuca/Forrest E. Morgan/Howard J. Shatz/Brent Williams: *Extending Russia – Competing from Advantageous Ground*, Studie der RAND Corporation, Washington 2019, S. 99. ¹⁷⁷ Stephen Semler: *The Senate’s Ukraine Bill Will Flood the Country With US Arms*, jacobin.com 08.02.2022. jacobin.com/2022/02/senate-ukraine-bill-russia-us-weapons-military-arms-bipartisan-pentagon ¹⁷⁸ Thomas Wiegold: *Sammler Russland/Ukraine/NATO: Das Böse in Mainz-Kastel (m. Update)*, augengeradeaus.net 13.12.2021. augengeradeaus.net/2021/12/sammler-russland-ukraine-nato-das-boese-in-mainz-kastel/ ¹⁷⁹ Hibai Arbide Aza/Miguel González: *US offered disarmament measures to Russia in exchange for deescalation of military threat in Ukraine*, english.elpais.com 02.02.2022. english.elpais.com/usa/2022-02-02/us-offers-disarmament-measures-to-russia-in-exchange-for-a-deescalation-of-military-threat-in-ukraine.html ¹⁸⁰ Ben Armbruster: *Biden official admits US refused to address Ukraine and NATO before Russian invasion*, responsiblestatecraft.org 14.04.2022. responsiblestatecraft.org/2022/04/14/biden-official-admits-us-refused-to-address-ukraine-and-nato-before-russian-invasion/

KRIEG

Die russische politische und militärische Führung beschloss, völkerrechtswidrig in die Ukraine einzumarschieren, um die Regierung in Kiew abzusetzen. Quellen aus dem US-Geheimdienstapparat zeigten sich gegenüber *The Intercept* überzeugt, dass diese Entscheidung relativ spontan fiel.¹⁸¹ Die entscheidenden Akteure in Moskau dachten dabei anscheinend an eine Militäroperation vergleichbar zu dem aus sowjetischer Sicht erfolgreichen Einmarsch in die Tschechoslowakei im Jahr 1968 – dieser dauerte wenige Tage und kostete insgesamt rund 250 Zivilist*innen und Soldat*innen das Leben. Basierend auf Fehldeutungen des russischen Geheimdienstes FSB ging man in Moskau vermutlich davon aus, dass der ukrainische Widerstand nur gering sein würde.¹⁸²

Zur Begründung des Angriffskrieges hielt der russische Präsident Putin am 21. Februar 2022 eine ausführliche, vielbeachtete Rede. Diese bestand aus drei Teilen – einem kruden Geschichtsteil, einem Abschnitt zur sozio-ökonomischen Lage in der Ukraine und einem Teil zur Rechtfertigung des Krieges im engeren Sinne. Letzterer fokussierte sich auf drei Topoi, die sich alle an Kriegslügen unterschiedlicher Interventionen von NATO-Staaten anlehnten (Kosovo – Verhinderung eines Völkermordes, Irak – Massenvernichtungswaffen und Libyen – „Responsibility to Protect“). Darüber hinaus verwies er auf das Massaker von Odessa und den Putsch in Kiew 2014 als bedeutende Einschnitte für die Ukraine.¹⁸³ Drei Tage später marschierte die russische Armee in die Rumpfukraine ein.

¹⁸¹ James Risen: *U.S. Intelligence Says Putin Made a Last-Minute Decision to Invade Ukraine*, [theintercept.com](https://theintercept.com/2022/03/11/russia-putin-ukraine-invasion-us-intelligence/) 11.03.2022. theintercept.com/2022/03/11/russia-putin-ukraine-invasion-us-intelligence/ ¹⁸² Greg Miller/Catherine Belton: *Russia's spies misread Ukraine and misled Kremlin as war loomed*, [washingtonpost.com](https://www.washingtonpost.com/world/interactive/2022/russia-fsb-intelligence-ukraine-war/) 19.08.2022. [washingtonpost.com/world/interactive/2022/russia-fsb-intelligence-ukraine-war/](https://www.washingtonpost.com/world/interactive/2022/russia-fsb-intelligence-ukraine-war/) ¹⁸³ *Address by the President of the Russian Federation*, [en.kremlin.ru](https://en.kremlin.ru/events/president/news/67828) 21.02.2022. en.kremlin.ru/events/president/news/67828

FAZIT

Die Ukraine entwickelte sich vom Ende der Sowjetunion bis zum Frühjahr 2022 von einer der reicheren Sowjetrepubliken hin zum ärmsten Land Europas. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von der Selbstbereicherung lokaler Oligarch*innen über die Interessen multinationaler Konzerne bis hin zu den Ambitionen verschiedener Großmächte. Während unter Kutschma und den Neutralist*innen nach ihm heimische Oligarch*innen das Land plünderten, erhielten unter den Orangen und seit dem Putsch 2014 hauptsächlich westliche Großkonzerne den Vorzug.

Mit der EU-Assoziierung und dem Bürgerkrieg rutschte das osteuropäische Land zum ärmsten Staat Europas und einem Agrarland ab. Differenzierte fortschrittliche Debatten sollten neben der schnellstmöglichen Beendigung des Krieges die polit-ökonomische Rolle der Ukraine in der Welt und die sozio-ökonomi-

sche Lage der Mehrheit der Bevölkerung in den Fokus rücken. Fortschrittliche Forderungen in der Politikspäre wären die ukrainische Rückkehr zur bis 2014 praktizierten Neutralität, die Rückkehr zu den Grenzen von vor dem Februar 2022, eine Föderalisierung im Inneren der Ukraine und die Rücknahme des Sprachengesetzes von 2019 – vielleicht sogar die Rückkehr zum Sprachengesetz von 2012.

Progressive Kräfte in Westeuropa und Nordamerika müssen aber auch die seit einem Vierteljahrhundert andauernde Abwärtsspirale der Entspannungs- und Abrüstungspolitik in den Fokus nehmen. Mithilfe kreativer Ideen und konstruktiver Vorschläge wäre es geboten, weg von der Aufrüstung und Expansion von Militärblöcken und hin zu mehr Entspannung, Abrüstung, vertrauensbildenden Maßnahmen und einer unteilbaren Sicherheit im gesamten Europa zu kommen.